



Breslau, 4. Juli. [Die Aufgabe der kleinen deutschen Staaten.] Die nächste Zukunft hat in der Fortentwicklung unseres nationalen Einigungsprozesses zwar Preußen die Hauptrolle zugeheilt und die Hoffnungen der Patrioten auf diese Macht fast ausschließlich gerichtet, dabei aber doch den kleinen deutschen Staaten eine Mitwirkung vorbehalten, welche denselben eine höhere Bedeutung sichert als sie bisher besaßen. Wenn von den beiden Mächten, welche sich gegenwärtig um die Hegemonie in Deutschland streiten, Oesterreich-Baiern und Preußen, nicht die eine so überwiegenden Anhang in Deutschland findet, daß sie mit Recht sich als den Mittelpunkt des ganzen Vaterlandes hinstellen kann, so werden jene schmachvollen Theilungsprojekte, welche jetzt als Gerüchte durch die Blätter laufen und immer wiederkehren, ohne entschieden widerlegt zu werden, schließlich zur Verwirklichung gelangen und der gänzliche und unwiderrückliche Zerfall des Vaterlandes wird das Ende unserer mit so hochfliegenden Hoffnungen begonnenen Einheitsbewegung sein.

Nun ist zwar Preußen stark genug, um im gegenwärtigen Momente im Verbande mit den beiden andern nordischen Königreichen den größten Theil Süddeutschlands mit ehernem Bande gewaltsam an sich zu fetten. Allein die ganze bisherige Haltung der preussischen Politik und die in den höhern Regionen herrschende Auffassungsweise der politischen Verhältnisse schließt die Möglichkeit einer solchen gewaltsamen Eroberung, einer Zwangseinigung, entschieden aus. Auch verspricht der ganze Charakter der gegenwärtigen Epoche einem auf Eroberung gegründeten Staatskörper kein langes und gedeihliches Leben, und des Bürgerblutes ist ohnehin bereits so viel geflossen, daß schon die Menschlichkeit den Wunsch erzeuget muß, es möchte für die noch bevorstehenden Stadien des großen nationalen Gestaltungsprozesses eine friedliche Bahn gefunden und gesichert werden.

Die kleinen deutschen Staaten sind in der Lage, zu einer solchen friedlichen Wendung einerseits in hohem Grade beitragen, andererseits aber die Einheit des Vaterlandes vereiteln oder sie nur aus Strömen neuer-gewonnenen Bürgerblutes und den Trümmern der bestehenden Staatenverhältnisse hervorgehen lassen zu können. Sie werden dem Lande den Frieden und dem Einigungswerke einen raschen Abschluß sichern, wenn sie aus ihrer unhaltbaren, neutralen Stellung zwischen den beiden fast feindlich einander gegenüber stehenden deutschen Hauptmächten baldigst heraustreten, und das Gewicht ihres moralischen und physischen Einflusses auf diejenige Seite legen, wo allein die Macht vorhanden ist, die zerfallenden Stämme im Innern fest zusammenzuhalten, die geknigten deutschen Staaten nach Außen gegen fremden Einspruch zu schirmen, und wo schon das eigene partikuläre Interesse ihnen für die größtmögliche Begünstigung der Einheit Bürgschaft leistet. Sie werden sich zu Urhebern der Theilung Deutschlands machen, wenn sie, oder einzelne unter ihnen, in Verfolgung jenes großdeutschen Schattenbildes auf die bairisch-österreichische Seite treten, und so dem Widerstande Baierns, welcher in seiner gegenwärtigen rein separatistischen und partikularen Tendenz ohne höhere Berechtigung und nachhaltige Wirkung dahebt, dadurch eine erhöhte Bedeutung geben, daß sie diesen Staat zum Mittelpunkte und Vertreter der allerdings vorhandenen speciellen süddeutschen Interessen und Neigungen machen. Die kleinen deutschen Staaten werden endlich, wenn sie noch länger in ihrer ausschließlichen „verfassungsfreundlichen“ Stellung verharren sollten, die ungewisse und in staatsrechtlicher Beziehung fast rechtlose Lage Deutschlands vielleicht so lange verlängern, bis neue Ereignisse die wohl auch unter den drei Königreichen bestehenden Differenzen erweitern, den bereits geschlossenen Bund von Neuem lockern und die Verwirklichung auch der von den drei königlichen Regierungen gemachten Zusicherungen vereiteln. Unterdeß rückt die österreichische Heeresmacht von Tag zu Tage tiefer nach Ungarn, und kann, wenn nicht neue Zwischenfälle eintreten, vielleicht binnen wenigen Monaten den Bürgerkrieg zu einem vorläufigen Abschluß bringen. Die Sprache der österreichischen halb-offiziellen Presse wird mit jedem in Ungarn gewonnenen Schritt feindseliger gegen die Emanzipation

Deutschlands. So könnte es kommen, daß bei längerem Zögern der „verfassungsfreundlichen“ Regierungen Oesterreich mit seinem östlichen Bundesgenossen als Feind an unsern Grenzen stünde, um sein bisher mit beispiellosem Uebermuthe unserer Einigung entgegengehaltenes Veto mit einer materiellen Macht zu unterstützen, welcher das nach jeder gesicherten Grundlage, jedes anerkannten Mittelpunktes, jeder Organisation entbehrende Deutschland schwer gewachsen sein dürfte.

Würde das Drängen der Ereignisse schon damals, als die Nationalversammlung ihre Verfassung beschloß, allseitig und namentlich von den kleinen deutschen Regierungen anerkannt, während doch Oesterreich aus Ungarn im Rückzuge begriffen, in Italien vollauf beschäftigt war und die Russen noch nicht die deutschen Grenzen überschritten hatten, so wird man jetzt um so weniger es sich verbergen können, daß jeder Tag der Zögerung die Gefahren und Schwierigkeiten vervielfältigt und das Ziel immer weiter in die Ferne rückt.

Es ist natürlich, daß die drei Königreiche mit der definitiven Organisation ihres Bundes so lange zögern, als die Mehrzahl der kleinen Staaten schweigen, da nicht ein Sonderbund sondern eine Vereinigung des ganzen nicht-österreichischen Deutschland das eigentliche Ziel ihrer Bestrebungen bleiben muß. Mögen deshalb die „verfassungsfreundlichen“ deutschen Staaten die augenblickliche Lage in ihrer wahren Bedeutung erfassen! Sie können, sie müssen jetzt einen raschen Entschluß fassen und Partei nehmen. Sie können es, denn sie haben dem Gebote der Ehre Genüge gethan. Sie haben die feierlich von ihnen anerkannte Verfassung vom 28. März nicht bei dem Aufsteigen des ersten Sturmwölkchens über Bord geworfen. Sie haben theilweise sogar zu deren Durchführung Anstrengungen gemacht, welche weit über das Verhältnis ihrer Macht hinausgingen und fast ihre Existenz mit Gefahr bedrohten. Sie können es, ohne den Schein auf sich zu laden, als hätten sie dem Fürsteninteresse die Volksache geopfert, denn die ehemaligen Vertreter der Nation, die Urheber der Verfassung selbst, haben ihr Werk aufgegeben und sich auf den neuen Boden gestellt. Können aber jetzt die kleineren Staaten aus ihrer soliden Grundlage entbehrenden Stellung heraustreten, so müssen sie es auch. In der Studirstube mag man mit Behagen ein Prinzip bis zu seiner vollendeten Entwicklung logisch verfolgen und den Faden, welcher in der Unendlichkeit verläuft, ruhig weiter spinnen, die Staaten aber gehen bei einem solchen Verfahren zu Grunde. Die kleineren deutschen Staaten dürfen dem neuen Entwicklungsprozeß nicht thatlos in philosophischer Abstraktion zuschauen, sie müssen selbst mit eingreifen und einem der beiden Gegensätze sich anschließen oder ihr eigenes Prinzip wieder zu beleben suchen.

Wir fürchten nicht, daß diese Entscheidung sie in der Gesamtheit auf die Seite Baierns stellen wird. Die kleinen Staaten können ihre Lebenskraft nur aus dem Boden der Einheit saugen, für diese aber bietet ihnen Preußen die meisten und Baiern fast gar keine Garantien. Auch erwarten wir keinen Augenblick, daß dieselben erneute Anstrengungen zur Durchführung der Reichsverfassung machen und dadurch das ohnehin zweigetheilte Deutschland in drei Lager scheiden werden. Nur die Befürchtung ist vielleicht nicht ohne allen Grund, daß einzelne der kleineren süddeutschen Staaten durch den natürlichen Zug der Schwere, wenn auch nicht an Baiern hingerissen, so doch noch eine Zeitlang in zuwartender, unthätiger Stellung sich erhalten werden.

Nur eines kann uns vor dieser Zersplitterung und der dadurch verlängerten Zögerung schützen: Die rasche Vereinigung der „verfassungsfreundlichen“ Staaten. Diese wird dem Gesamtvaterlande den Vortheil bringen, daß sie die Zerstückelung abwendet und den Gang der definitiven Regelung erleichtert und beschleunigt, diese Staaten selbst aber wird sie gegenüber den deutschen Großmächten in die Möglichkeit versetzen, ihre eigenen Interessen zu wahren und ein entscheidendes Wort in den gemeinsamen deutschen Angelegenheiten mit zu reden.

Die Entscheidung der vereinigten verfassungs-

freundlichen Staaten fürchten wir nicht, wie sehr wir auch auf die vereinzelt zum Theil mit Besorgniß blicken mögen, sie kann nur auf die Seite fallen, auf welcher jene Staaten schon vor dem Zustandekommen der Reichsverfassung standen.

Württemberg hätte den Beruf, eine solche Einigung anzubahnen und dadurch namentlich auf die Lage des Südens einen entscheidenden Einfluß zu üben. Möchte es nur rasch zur That schreiten, und nunmehr, wo so Manches anders geworden, aufhören, nur diejenige Reichsgewalt anzuerkennen, „die ihm gerade konvenirt.“

## Preußen.

Berlin, 3. Juli. Seine Majestät der König haben allergnädigst geruht: dem Seconde-Lieutenant von Gaudy des Kaiser Franz Grenadier-Regiments den Rothen Adler-Orden vierter Klasse, so wie dem Kreis-Chirurgus Hache zu Mühlberg, Regierungsbezirk Merseburg, und dem Grenadier Kunzendorff vom Kaiser Franz Grenadier-Regiment das allgemeine Ehrenzeichen zu verleihen, so wie Allerhöchstseiner bisherigen General-Konsul in Jassy, Geheimen Kriegsrath Freiherrn von Richthofen, zum General-Konsul für Spanien und Portugal zu ernennen.

In Anerkennung der dringenden Nothwendigkeit, die zur Zeit noch bestehenden Steuer-Bevorzugungen, welche ein ungleiches Verhältnis der verschiedenen Klassen des Volks und Mißtrauen der minder Berechtigten gegen die Bevorzugten erzeugen, namentlich auch der Durchführung der hinsichtlich des Gemeinbewesens zu treffenden gesetzlichen Anordnungen hinderlich sind, — in gesetzlicher Weise baldigst zu beseitigen, war bereits mittelst Gv. zc. Botschaft vom 21. Juli v. J. der National-Versammlung der Entwurf eines Gesetzes wegen Aufhebung der Grundsteuerbefreiungen vorgelegt worden. — Zur Berathung über denselben ist es in der genannten Versammlung nicht gekommen, weshalb das von Gv. zc. unterm 5. Dezember v. J. erlassene Patent unter Anderem die Vorlage eines Gesetz-Entwurfs über die Abschaffung der bezeichneten Befreiungen an die einzuberufende Landes-Vertretung zum Gegenstand der Vertheilung machte. — Der in Folge dessen im Finanz-Ministerium aufgestellte, allerunterthänigst beigelegte Entwurf konnte jedoch den Kammern wegen der inzwischen erfolgten Auflösung, beziehungsweise Vertagung derselben, nicht mehr vorgelegt werden. — Um den Zeitverlust, welcher hierdurch herbeigeführt wird, zum Vortheil des Landes in anderer Weise einigermaßen wieder einzubringen, hält das Staats-Ministerium es für angemessen, diejenigen Ermittlungen und Vorbereitungen, welche die Ausführung der im Entwurf enthaltenen Bestimmungen in dem größeren Theile der Provinzen erforderlich und welche den Zeit-Aufwand von einigen Monaten in Anspruch nehmen werden, ungesäumt einzuleiten und so weit durchzuführen, daß die Bestimmungen des Entwurfs, sobald derselbe Gesetzeskraft erlangt haben wird, unverzüglich ins Leben treten können. — Es verdient in dieser Beziehung Berücksichtigung, daß viele der gegenwärtig noch bevorzugten Rittergutsbesitzer bereits selbst dringend darauf angetragen haben, Maßregeln zur baldigsten Verwirklichung der im Entwurf enthaltenen Bestimmungen seitens der Staats-Regierung zu treffen. Ja, es haben selbst die Rittergutsbesitzer einzelner Kreise sich schon bereit erklärt, die nach dem Entwurf vorgeschriebenen Normen auf ihre Güter zu veranlagenden Steuern sofort freiwillig zu übernehmen und gleich den schon gesetzlich feststehenden in den gewöhnlichen Terminen an die Steuerkasse abzuführen. — Nach dem § 8 des mehr erwähnten Gesetz-Entwurfs soll den Grundbesitzern der einzelnen Kreise eine wirksame Theilnahme an der Ausführung desselben eingeräumt werden, theils um den Behörden das Geschäft zu erleichtern, theils um der Nation eine genügende Bürgschaft für die vollständige Erreichung des Zweckes zu gewähren, theils endlich, um den am meisten dabei beteiligten, bisher bevorzugten Grundbesitzern Gelegenheit zu geben, ihre eigenen Interessen von vornherein selbst wahrzunehmen. — Es liegt auf der Hand, daß die jetzt zu treffenden Vorbereitungen ungleich schneller und kräftiger gefördert werden können, so bald den Behörden die Befugniß eingeräumt wird, dabei die Mitwirkung der Grundbesitzer in den einzelnen Kreisen in Anspruch zu nehmen. — Besonders wichtig aber ist es, dafür eine ausreichende Sicherheit zu erhalten, daß von den im Voraus anzufertigenden Veranlagungs-Arbeiten auch bei der künftigen Ausführung des Gesetzes wirklich Gebrauch gemacht werde, damit nicht etwa ein doppelter Kosten- und Zeitaufwand dadurch entstehe, daß die später zusammentretenden Kommissionen die jetzt zu gewinnenden Resultate für unrichtig und unzureichend erklären und deren Ergänzung durch neue Ermittlungen oder selbst deren nochmalige vollständige Vornahme für nothwendig erachten möchten. — Endlich befinden sich auch die Staatsbehörden nicht im Besitze aller derjenigen Materialien, welche bei der Ausführung der einzelnen Bestimmungen des Gesetz-Entwurfs als Grundlagen dienen müssen. — Ein großer Theil derjenigen Schriftstücke, welche über die Größe und den Werth der in Betracht kommenden Grundstücke, über die mit denselben verbundenen Berechtigungen und Verpflichtungen u. s. w.



Auskunft enthalten, beruhen bei den Vorständen von Provinzial- und Kommunal-Instituten und bei Privat-Personen, welche nach Lage der bestehenden Gesetze keine Verpflichtung haben, dieselben ten mit der Ausführung zu beauftragenden Behörden und Beamten zugänglich zu stellen und deren Herausgabe für den vorliegenden Zweck vielleicht verweigern würden. — Ohne Einsicht der in diesen Schriftstücken enthaltenen Nachrichten würden aber die jetzt zu treffenden Vorbereitungen nur unvollkommen ausgeführt werden können. — Hierbei darf nicht unerwähnt bleiben, daß sich wegen Mangels an den erforderlichen Unterlagen zur Zeit noch nicht vollständig übersehen läßt, welche Güter und Grundstücke — außer den Rittergütern und den grundsätzlich steuerfreien — und in welchem Maße dieselben in den verschiedenen Provinzen von der beabsichtigten Aufhebung der bestehenden Grundsteuer-Freiheiten werden betroffen werden; welche Verpflichtungen — besonders privatrechtlicher Natur — den betroffenen Gütern und Grundstücken bereits aufliegen und welchen Einfluß daher die neu aufzuerlegenden Grundsteuer auf die Vermögens- und Kredit-Verhältnisse der betroffenen Grundbesitzer, namentlich der hochverschuldeten und der schon mit Real-Abgaben privatrechtlicher Natur hochbelasteten Besitzer von bäuerlichen und Kolonisten-Stellen, deren Steuerfreiheit auf besonderen Privilegien und Erwerbs-Urkunden beruht, ausüben wird. — Die hierauf bezüglichen Verhältnisse sollen bei Gelegenheit der jetzt auszuführenden Vorarbeiten ebenfalls gründlich ermittelt und festgestellt werden, um die Staats-Regierung in den Stand zu setzen, diejenigen Maßregeln in Vorschlag zu bringen und näher zu begründen, welche sich als notwendig ergeben möchten, um einer nachtheiligen Einwirkung der beabsichtigten Besteuerung von vornherein entgegenzutreten. Auch hierzu bedarf es aber der Einsicht von Schriftstücken mancherlei Art, welche sich in den Händen von Privatpersonen u. s. w. befinden. — Dem im Vorstehenden begründeten Bedürfnis wird durch die im Entwurf beiliegende Verordnung die vorbereitenden Maßregeln zur Aufhebung der bestehenden Grundsteuerfreiheiten betreffend, in zweckmäßiger Weise abgeholfen werden. — Durch die in dem Verordnungs-Entwurf enthaltenen Bestimmungen soll

- 1) den auszuführenden Behörden die Befugnis zur Bildung von Kommissionen für die einzelnen Kreise nach den im § 8 des Entwurfs zum Gesetze wegen Aufhebung der bestehenden Grundsteuerfreiheiten gegebenen Grundzügen beigelegt,
  - 2) bewirkt werden, daß die den unter Mitwirkung dieser Kommissionen sogleich vorzunehmenden Ermittlungen und Steuer-Veranlagungs-Arbeiten so vollständig und gründlich erfolgen, daß sie — worüber demnächst in das Gesetz selbst eine Bestimmung aufzunehmen sein würde — bei der späteren Ausführung des obgedachten Gesetzes die Grundlage der Besteuerung für die bisher befreiten oder begünstigten Grundstücke bilden können;
  - 3) allen Behörden, Gemeinden und Privatpersonen die Verpflichtung auferlegt werden, diejenigen Schriftstücke, welche bei den vorbereitenden Maßregeln zur Ausführung des Gesetzes von Nutzen sein können, den ausführenden Kommissionen und deren Vorsitzenden zur Einsicht und Benutzung zugänglich zu stellen.
- Bei der großen Mannigfaltigkeit der bestehenden Grundsteuer-Systeme und den hieraus sich ergebenden Verschiedenheiten in dem einzuschlagenden Verfahren, mußte die Ertheilung der Instruktion über die Obliegenheiten der Kommissionen und deren formellen Geschäftsgang in den verschiedenen Landestheilen oder Bezirks-Regierungen, welche zu diesem Behuf vom Finanz-Minister mit einer allgemeinen Anweisung versehen werden sollen, überlassen werden. — Die Verordnung selbst betrifft nur die Ausführung einer Verwaltungs-Maßregel, daher es zum Erlaß derselben der Mitwirkung der Landesvertretung nicht bedarf.

Das Staats-Ministerium bittet Ew. M. allerunterthänigst: den anliegenden Entwurf huldreichst vollziehen zu wolen.  
 Berlin, den 28. Juni 1849.  
 Das Staats-Ministerium.  
 (gez.) Graf von Brandenburg. von Labenberg.  
 von Manteuffel. von Strotha. von der Heydt.  
 von Rabe. Simons.  
 An  
 des Königs Majestät.

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaden, König von Preußen u. c. c. verordnen auf den Antrag Unseres Staats-Ministeriums, was folgt:

- § 1. Um für die vorbezeichnete Aufhebung der bestehenden Grundsteuerfreiheiten, über welche den Kammern ein Gesetz-Entwurf vorgelegt werden wird, die notwendigen Grundlagen zu beschaffen, sollen von den Behörden die vorbereitenden Maßregeln dazu ungesäumt getroffen und die Steuer-Vertheilungs-Nachweisungen vorläufig aufgestellt werden.
- § 2. Zur Mitwirkung hierbei sollen in denjenigen Landestheilen, wo es von der Bezirks-Regierung für erforderlich erachtet wird, für jeden landrätlichen Kreis oder, sofern ein Kreis zum Zwecke des Geschäfts in kleinere Abtheilungen getheilt werden muß, für jede derartige Abtheilung unter dem Vorsitz des Kreis-Landraths oder eines anderen von der Bezirks-Regierung zu ernennenden Bevollmächtigten eine Kommission zusammentreten.
- § 3. Diese Kommission wird zu gleichen Theilen gebildet: a) aus Besitzern von Grundstücken im Kreise oder in der Kreis-Abtheilung, welche der landesüblichen Grundsteuer unterliegen; b) aus Besitzern von Grundstücken im Kreise oder in der Kreis-Abtheilung, welche von der landesüblichen Grundsteuer ganz oder theilweise befreit sind; c) aus solchen Personen, welche bei der Besteuerung selbst kein Interesse haben, dagegen ihrem Berufe nach zur Mitwirkung als Sachverständige sich eignen. — Die Zahl der Kommissions-Mitglieder wird nach Bedürfnis von der Bezirks-Regierung bestimmt.
- § 4. Die im § 3 zu a bezeichneten Kommissions-Mitglieder werden von den Ortschulzen der ländlichen Gemeinden im Kreise oder in der Kreis-Abtheilung,

die zu b gedachten von den Rittergutsbesitzern im Kreise oder in der Kreis-Abtheilung und von den Vertretern der dazu gehörigen Kirchen, Pfarren, Schulen und milden Stiftungen, sofern dieselben sich im Besitze ganz oder theilweise grundsteuerfreier Grundstücke befinden, nach einfacher Stimmenmehrheit gewählt. Für die im Kreise oder in der Kreis-Abtheilung belegenen landesherrlichen Domänen und Forsten bestellt die Bezirks-Regierung einen Vertreter als Mitglied der Kommission. — Die im § 3 zu c. bezeichneten Kommissions-Mitglieder werden von dem Kreislandrath oder Regierungs-Bevollmächtigten berufen.

§ 5. Die Mitglieder der im § 3 bezeichneten Kommissionen erhalten die nach den allgemeinen Bestimmungen festzusetzenden Reise- und Tagegelder; die zu a. und b. gedachten jedoch nur dann, wenn sie zum Zwecke des Geschäfts die Nacht außerhalb ihres Wohnortes zuzubringen genöthigt sind.

§ 6. Eine von der Bezirks-Regierung zu ertheilende Anweisung wird mit Berücksichtigung des bestehenden Steuer-Systems die besonderen Obliegenheiten und den Geschäftsgang der Kommissionen näher bestimmen.

§ 7. Alle Behörden, Gemeinden und Privatpersonen sind verpflichtet, die in ihrem Besitze befindlichen Flurkarten, Risse, Pläne, Zeichnungen, Vermessungs- und Bonitirungsregister, Kauf- und Pacht-Anschläge, Kataster, Privilegien, Verleihungs-Urkunden, Kauf- und Pacht-Kontrakte und alle sonstigen Schriftstücke, welche bei der Ausführung der nach dieser Verordnung zu fertigenden Vorarbeiten von Nutzen sein können, den Kommissionen und deren Vorsitzenden auf deren Erfordern zur Einsicht und Benutzung zugänglich zu stellen.

§ 8. Der Finanzminister ist mit der Ausführung dieser Verordnung beauftragt.

Urkundlich unter Unserer Höchstseigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem königlichen Insigne.  
 Gegeben Sanssouci, den 29. Juni 1849.  
 Friedrich Wilhelm.  
 Graf v. Brandenburg. v. Labenberg. v. Manteuffel.  
 v. Strotha. v. d. Heydt. v. Rabe Simons.

Angelommen: Se. Excellenz der Generalleutnant und Kommandeur der 2. Division, v. Grabow, von Danzig.

Abgereist: Der Fürst zu Lynar, nach Dreßna.  
 Se. Majestät der Kaiser von Rußland haben dem Prinzen Friedrich Karl von Preußen, königl. Hoheit, aggregirtem Major des Garde-Husaren-Regiments den St. Georgen-Orden vierter Klasse allergnädigst verliehen.

[Kongress für Universitäts-Reform.] Nach dem gegenwärtig die Vorbereitungen zu dem im Artikel 23 der Verfassungs-Urkunde vom 5. Dez. v. J. vorbehaltenen Gesetze über das gesammte Unterrichts-wesen so weit gediehen sind, daß der Frage, welche Bestimmungen in dasselbe hinsichtlich der Universitäten aufzunehmen seien, mit Erfolg näher getreten werden kann, hat der Minister der Unterrichts-Angelegenheiten beschlossen, Abgeordnete von den Landes-Universitäten und den ihnen ähnlich organisirten Anstalten, der theologischen und philosophischen Akademie zu Münster, und dem Lyceum Hofstadium zu Braunsberg einzuberufen, um eine gemeinsame Berathung derselben über die im vorigen Jahre erforderten Reform-Vorschläge der verschiedenen Universitäten zu veranlassen, und auf diese Weise ein möglichst geordnetes, brauchbares Material für das Unterrichtsgesetz zu gewinnen. Die Universitäten werden demgemäß binnen Kurzem zur Wahl der Abgeordneten schreiten. Letztere werden aus der Mitte der Professoren in einer Versammlung der ordentlichen und außerordentlichen Professoren durch absolute Stimmenmehrheit gewählt. Die Universitäten wählen jede zwei, die beiden andern Anstalten jede einen Abgeordneten. Einer der Abgeordneten muß ein ordentlicher Professor sein. Sollten die außerordentlichen Professoren unter den Abgeordneten gar nicht oder verhältnismäßig zu schwach vertreten sein, so werden nachträglich einige besondere Vertreter derselben aus ihrer Mitte gewählt werden. Zur vorläufigen Information der Abgeordneten, so wie zum Zweck einer den Universitäten für eine Erleichterung der gegenseitigen Verständigung der Abgeordneten etwa wünschenswerth erscheinenden nochmaligen Berathung über die bereits gemachten Vorschläge soll ihnen vorher eine gedrängte Zusammenstellung der letztern mitgetheilt werden. Zugleich ist den Extraordinarien und den Privatdozenten, da dieselben an den vorjährigen Berathungen der ordentlichen Professoren nicht Theil genommen haben, freigestellt, noch jetzt zu einer gemeinsamen Berathung sich zu vereinigen und das Ergebnis derselben dem Minister unmittelbar oder durch die Abgeordneten zukommen zu lassen. Der Anfang der Berathungen der Abgeordneten ist, um jede Unterbrechung der Vorlesungen zu vermeiden, und den Gewählten die Benutzung eines Theils der Herbstferien zu Erholungs- oder wissenschaftlichen Reisen zu gestatten, auf den 17. September d. J. festgesetzt.  
 (Deutsche Ref.)

C. C. Berlin, 2. Juli. [Die Bedingungen Baierns für den Bundesstaat.] Die Forderungen

gen der bairischen Regierung in der deutschen Verfassungsfrage können deshalb hier auf keinerlei Gewährung rechnen, weil dadurch dasjenige, was Preußen, und mit Preußen der größte Theil der deutschen Nation erstrebt, in seinem Wesen verändert, mithin vereitelt wird. Baiern stellt zweierlei Bedingungen für seinen Eintritt in den von den drei Königreichen projektierten Bundesstaat, einmal die Aufnahme Oesterreichs, und zweitens die Theilnahme Baierns an der executiven Gewalt durch Bildung eines Directoriums statt der Einheit. Allein es ist leicht nachzuweisen, daß die Erfüllung dieser Bedingungen oder nur einer derselben dem Begriffe des Bundesstaates zuwiderläuft, und also die bairischen Postulate, wenn man sie ihrer täuschenden Hülle entkleidet, nichts enthalten, als einen einfachen Protest gegen die Umwandlung des deutschen Reichs aus einem Staatenbunde in einen Bundesstaat. Die bairische Regierung steht damit auf demselben Standpunkte, den jener englische Staatsmann einnahm, welcher erklärte: „Ihr Deutsche mögt Euch wenden und drehen, Ihr kommt mit Eurer Einheit doch immer nicht weiter, als höchstens zu einer Revision der Bundesakte.“ Aber darin liegt eben das Verste in der Haltung der bairischen Regierung, daß sie mit der wahren Sprache ihres Herzens nicht herausbricht, sondern dauernd in einem gewissen Clair-obscur ihres Verhaltens verharrt, während sie doch mit der Miene der Ehrlichkeit gleichzeitig die österreichische Regierung auffordert (vergl. Nürnberger Correspondent vom 22. Juni) endlich aus ihrem Kladunkel in der deutschen Frage herauszutreten. — Preußen muß daran festhalten, daß Oesterreich von dem beabsichtigten engeren Bundesstaate ausgeschlossen bleibe. Der Bundesstaat, das bringt sein Begriff mit sich, verlangt eine gewisse Einheit in der Legislative und eine Einheit in der executiven Gewalt. Das ist sein charakteristisches Merkmal zum Unterschiede und zum Gegensatz vom Staatenbunde! Oesterreichs Verhältnisse gestatten, das ist nachgerade zur Genüge erörtert, eine Unterordnung seiner deutschen Provinzen unter eine solche einheitliche Gewalt in Deutschland nicht. Was nach den innern Lebensbedingungen der österreichischen Gesamtmonarchie schon gewissermaßen bisher materiell unzulässig erschien, ist durch die Verfassung vom 4. März auch formell zur Unmöglichkeit geworden. Herr v. d. Pfordten hat zwar bei Gelegenheit seiner Rechtfertigung der bairischen Politik in der deutschen Frage den Kammern begreiflich zu machen gesucht, daß wenn auch die Verfassung vom 4. März einen zentralisirten österreichischen Staat urkundlich schaffe, doch nach der Natur der österreichischen Bestandtheile später der Föderalismus in Wirklichkeit wieder den Sieg davon tragen werde. Ob Herr v. d. Pfordten Recht behält, darüber kann erst die Zukunft entscheiden; für jetzt steht fest, daß Oesterreich gleich Anfangs abgegebene Erklärung, einem deutschen Bundesstaate mit einheitlicher Gewalt nicht beitreten zu können, durch die Verfassung vom 4. März ihr Punkturn erhalten hat. Könnte hierüber noch irgendwie ein Zweifel obwalten, so ist die Sprache des Lloyd im Leitartikel zu Nr. 298 (vom 24. Juni) geeignet, die Zweifel für immer zu zerstreuen. „Als es offenbar wurde“, beginnt das ministerielle Blatt, „daß der österreichische Staat einem Theile seines Gebietes nicht das unsinnige Zugeständnis machen wollte und konnte, die Volkshäuser zweier Staaten zu beschicken, d. h. zwei Staaten zu gleicher Zeit anzuhören, während das deutsche Volk fest auf der Idee eines gemeinsamen Volkshauses bestand, u.“ Die österreichische Regierung legt in Verfolg des Artikels die ausdrückliche und bündige Erklärung nieder, daß sie unter den vom deutschen Volke gestellten Bedingungen auf eine Theilnahme am Bundesstaate gänzlich verzichte. Mehr scheint es in der That nicht zu bedürfen, um bei den Verhandlungen über die Bildung dieses engeren Bundesstaates Oesterreich fortan gänzlich aus dem Spiele zu lassen. Oesterreichs natürliche Verhältnisse, seine neueste Verfassung, seine letzte Erklärung binden es, und es ist nicht mehr nöthig, falls die österreichische Regierung in ihren Entschlüssen ja einmal wieder schwankend werden sollte, mit der Agrarzeitung daran zu erinnern, daß selbst in den sogenannten deutschen Provinzen noch genug Völkern flavischen Ursprungs sind, und diese Bevölkerung selbst keinerlei Neigung empfindet, in Zukunft dem österreichischen Centralstaate entfremdet und dem einheitlichen Deutschland inkorporirt zu werden.

Wenn also die bairische Regierung mit dem Verlangen kommt, daß auch Oesterreich in den Bundesstaat aufgenommen werde, so wäre es billig gewesen, daß sie sich zuvor mit den Absichten der österreichischen Regierung in Konsequenz gesetzt hätte, um so dem Dementi zu entgegen, daß Oesterreich selbst gegen die Verwendung seiner Freundin protestirt. Oesterreich macht zwar seinerseits einen neuen Vorschlag, um Baiern soll sich Süddeutschland, um Preußen mag sich Norddeutschland schaaren: beide mögen sich nicht zu enge verbinden, und Oesterreich, das sich selbst genügende, wird zu beiden in möglichst enge Ver-



ziehung treten. Allein es gehört wenig mehr dazu, als nicht blind zu sein, um zu erkennen, daß diese neue Version das *divide et impera* Deutschlands in eine schmählere Abhängigkeit von der österreichischen Politik werfen würde, als jemals zuvor.

Was also Baiern zu Gunsten Oesterreichs wünscht, will Oesterreich nicht, und was Oesterreich zu Gunsten Baierns wünscht, kann Deutschland nicht wollen. Ist unter solchen Umständen noch Aussicht vorhanden, das Preußen der Forderung Baierns nachgiebt? Die erste Bedingung Baierns zerfällt mithin in Nichts.

C. C. Berlin, 3. Juli. [Die Bedingungen Baierns für den Bundesstaat. — Fortsetzung.] Auch der Forderung Baierns, daß die Handhabung der exekutiven Gewalt im deutschen Reiche einem Direktorium anvertraut werde, statt einem Einzigen, kann Preußen nicht nachgeben. So lange es noch zweifelhaft war, welche staats- oder völkerrechtliche Form Deutschland hinfort annehmen sollte, konnte man darüber streiten, ob ein Direktorium oder ein Einziger an der Spitze, den bestehenden Verhältnissen und dem allgemeinen Bedürfnisse entsprechender sein würde. In jenem Falle hätte man an dem überkommenen völkerrechtlichen Verhältnisse des alten Bundes festgehalten, den Bundestag auf wenige Stimmen vereinfacht und ihm ein Staatenhaus als Nationalvertretung zur Seite gestellt. Damit wäre die Revision der Bundesakte vollendet, und an ein Auscheiden Oesterreichs wäre dann nicht nöthig gewesen zu denken; Oesterreich, Preußen und Baiern traten in das Direktorium und die übrigen Regierungen mochten sich mit dem Staatenhaufe genügen lassen. Allein seit dem klar und offenkundig geworden, daß der größere Theil der deutschen Nation diese Fortsetzung des alten bloß völkerrechtlichen Verhältnisses der deutschen Staaten unter einander nicht will, seit diese Abneigung in der allgemein gestellten Forderung eines Bundesstaats, also die Umwandlung der völkerrechtlichen in eine staatsrechtliche Form ihren bestimmten Ausdruck und ihre Präcision gefunden, kann es nicht mehr zweifelhaft sein, daß damit zugleich auch der Frage nach der Form der exekutiven Gewalt im künftigen Bundesstaate ihre Entscheidung gegeben war. Denn der Bundesstaat ist immer nur eine Art des Staates; die wesentlichen Erfordernisse eines Staates müssen sich also auch an ihm immer wieder vorfinden. Das erste und wesentlichste Erforderniß eines Staates bleibt aber die Einheit der Staatsgewalt. Und diese Einheit muß in dem Maße schärfer in der Construktion der Exekutive hervortreten, je mehr sie in der Legislative durch repräsentirende Körperschaften umhüllt erscheint. Wer daher in Deutschland mit der Forderung eines Bundesstaats, von welchem die Nation einmal nicht abgehen wird, auch die Form gefunden, in welcher die legislative Gewalt des künftigen Bundesstaats, analog und entlehnt dem constitutionellen Systeme, zur Erscheinung trat; mit andern Worten, war, nachdem der Bundesstaat unbestritten, auch die Bewilligung eines Volks- und Staatenhauses für die legislative Gewalt entschieden, so kann Niemand mehr des Ernstes darin schwankend sein, daß die exekutive Gewalt in einem solchen Bundesstaate nun und nimmer anders als durch einen Einzigen zu repräsentiren. Alle Schnellkraft des Staates wäre gelöst, wollte man legislative und exekutive Gewalt der Berathung durch Mehrere unterwerfen, und der Erfolg würde es bald beweisen, welches Schicksal dem deutschen Reiche bereitet wäre, wenn zu dem Gegengewichte, welches man der Regierung in der Legislative durch das Volksstaatenhaus gegeben, auch noch die Lähmung in der Exekutive durch Bildung eines Kollegiums hinzutrate. — Baiern mag es ungern empfinden, daß die Handhabung der exekutiven Gewalt dem mächtigsten Fürsten allein übertragen wird; allein die bairische Regierung darf die Täuschung nicht fortsetzen, daß sie den Bundesstaat wolle, wenn sie gleichwohl gegen die Einheit der exekutiven Gewalt protestire. Bundesstaat und Direktorium, das leuchtet ein, sind inkompatible Dinge. Preußen, welches mit Sachsen, Hannover und dem größern und bessern Theile der deutschen Nation, wie durch das Reichparlament in Gotha jetzt von Neuem manifestirt wird, an dem Bundesstaate festhält, muß deshalb darauf bestehen, daß dieser Bundesstaat mit einheitlicher Spitze und ohne Oesterreich ins Leben trete. Will Baiern das Direktorium, so ist kein Grund mehr, Oesterreich auszuschließen; damit ist aber der Bundesstaat verworfen und die Rückkehr zum alten Staatenbündnisse ausgesprochen. Tertium non datur! Es ist nothwendig, die Widersprüche aufzudecken, in welche Baiern bei seinen Remonstrationen gegen den von Preußen vorgelegten Entwurf mit sich selbst tritt, nachdem der Konflikt der bairischen Regierung mit dem größeren und bessern Theile der öffentlichen Meinung in Deutschland längst zu Tage getreten.

C. B. Berlin, 3. Juli. [Die neuen Verordnungen. Vermischtes.] Eine Vergleichung der Verordnung vom 29. Juni über das Vereinigungs- und Versammlungsrecht mit der den

Kammern gemachten Vorlage und dem aus der Kommission der zweiten Kammer hervorgegangenen Entwurfe zeigt, daß im Wesentlichen die Bestimmungen des letzteren auch unter Berücksichtigung einzelner Beschlüsse der zweiten Kammer berücksichtigt worden sind. Besonders gilt dies von denjenigen Bestimmungen, die zu Gunsten kirchlicher Vereine und Versammlungen gefaßt wurden. Ferner gehört hierher die Reduktion der fünfmeiligen Entfernung der Volksversammlungen vom Sitze der Kammern auf eine zweimeilige. Die erstere hatte die Kommission übereinstimmend mit der ministeriellen Vorlage empfohlen. Ganz neu hinzugekommen ist das Verbot von Volksversammlungen innerhalb der nämlichen Entfernung von der jedesmaligen Residenz des Königs. Die Strafbestimmungen sind so ziemlich die des ursprünglichen Entwurfs, nur ist abweichend von diesem, dem Ermessen des Richters durch Feststellung eines Strafminimums eine Schranke gesetzt. — Das „Preßgesetz“, welches übrigens sehr ungenügend so genannt wird, da es sich auch auf Vergehen bezieht, die nicht durch die Presse begangen werden, unterscheidet sich von dem den Kammern vorgelegten Entwurf weit erheblicher. Zur Beschlußfassung über diesen Entwurf sind die Kammern bekanntlich nicht gelangt. Insofern jedoch das von der zweiten Kammer revidirte Plakatengesetz einen Theil der oktroirten Verordnung vom 30. Juni bildet, läßt sich auch bei dieser von einem Antheil der Volksvertretung etwas erwähnen. § 1 des Gesetzentwurfs über Plakate, der alle nicht gewerblichen, nicht obrigkeitlichen und dgl. Plakate ganz untersagt, findet sich im Wesentlichen in § 8 der Verordnung vom 30. Juni wieder. Der Centralausschuß der II. Kammer, zu  $\frac{1}{2}$  aus Mitgliedern der Rechten bestehend, sah in dieser Bestimmung keine Verkümmern der Pressefreiheit. Die Majorität des Plenums hingegen verwarf den Paragraphen ganz. Den öffentlichen Verkauf von Druckschriften, so wie das Anheften von Plakaten hatte die Majorität von der Erlaubniß der Polizeibehörde abhängig gemacht. „Die Erlaubniß — heißt es jedoch in dem Kammerbeschlusse — kann aus den Gründen zurückgenommen werden, aus welchen nach der allgemeinen Gesetzgebung die Entziehung gewerblicher Konzessionen erfolgt.“ Dieselbe Fassung war von dem Centralausschuß empfohlen worden. § 9 der Verordnung enthält eine präzisere Fassung: „die Erlaubniß kann jederzeit zurückgezogen werden.“ Dem Prinzip der Gewerbefreiheit ist mithin in Beziehung auf dieses Gewerbe nicht Rechnung getragen. — Noch ist erwähnenswerth, daß ein besonderer Paragraph des Entwurfs ausdrücklich alle Preßbestimmungen für „alle auf mechanischem Wege irgend einer Art vorgenommenen Hervorfürungen von Schriften,“ u. s. w. angewendet wissen will, also auch auf Musikalien, Lithographien und dgl., die Verordnung vom 30. Juni enthält Nichts von einer solchen ausdrücklichen Analogie, welche in Straffachen nach allgemein geltenden Regeln durch Interpretation nicht gewonnen werden darf. Unter „Druckschriften“ im Sinne dieses Gesetzes würden daher nur die mittels der Buchdrucker-Presse erzeugten zu verstehen sein. — Neu und zweckmäßig ist die Feststellung einer Verjährungsfrist von 6 Monaten für alle unter dies Gesetz fallenden Vergehen. — An die Stelle des bereits abgereisten Attachés bei der hiesigen französischen Gesandtschaft, Herrn Grenier, tritt Graf Segur. Bei den im gegenwärtigen Augenblicke statthabenden sehr freundschaftlichen Beziehungen des französischen Gouvernements zu dem diesseitigen dürfte unsere Regierung berechtigt sein, in jener Ernennung einen neuen Beweis der französischen Courtoisie zu erblicken. — Von verschiedenen Seiten wird uns wiederholt die Nachricht, daß der Prinz von Preußen aus Baden zurückkehren wird, sobald Rastatt im Besitze der Truppen. Gerüchtsweise wird erzählt, daß General v. Wrangel nächst dem an die Stelle Sr. königlichen Hoheit nach Baden abgehen werde. — Sr. Majestät haben 10,000 Thlr. zur Errichtung einer neuen katholischen Stadtschule in Berlin angewiesen. — Während die Ansicht allgemein zu sein scheint, daß die Konstruktion der Zündnadelgewehre ein Geheimniß unserer Militärverwaltung ist, liest man in öffentlichen Blättern Offerten von Gewehrfabrikanten, die sich anheißig machen, Zündnadelgewehre zu fertigen. Dies ist um so überraschender, als dies Gewehr, welches in Bezug auf Trefffähigkeit, Handhabung und Ladbareit alle bisher bekannten Waffen weit hinter sich läßt, bis jetzt der preussischen Armee allein eigen ist. Dasselbe wurde zunächst in 45,000 Exemplaren für 46 Bataillone bestimmt, nachdem bei der definitiven Einföhrung im Jahre 1841 die Beschaffung von 60,000 Stück angeordnet war. Es besteht nur eine einzige, lediglich auf die Herstellung dieser Waffe eingerichtete Fabrik zu Sommerda bei Erfurt. Zur Bereitung der für diese Gewehre erforderlichen ganz eigenthümlichen Munition bestehen transportable Apparate, um mit deren Hilfe nöthigenfalls auf dem Kriegstheater eine ambulante Fabrik errichten zu können. Der Militärretat, der hierüber sehr belehrende Notizen enthält, wirft für 12,000 solcher Gewehre und für die Ein-

richtung von 2 Munitionsfabriken die Summe von 194,600 Thlr. aus.

P. C. Berlin, 3. Juli. [Wahl-Angelegenheit.] Wir befinden uns in dem Quercel, in welchem die Krebse sich auszeichnen, und mit diesen sind die Conservativen genau verwandt. Nach unendlicher Anstrengung haben sie sich in ihre Einsamkeit zurückgezogen, leben der inneren Beschauung und lassen das Ministerium Brandenburg sorgen! So übersahen sie denn dieser Tage die Gelegenheit der Stadtverordnetenwahl, schließen gemüthlich, legten das Gesicht auf die Schultern der allezeit fertigen Demokraten, und über den Erfolg ist natürlich Freude in ganz Israel. Nach solchen Zeichen dürfen wir eine ungemein rührige Wahl der Abgeordneten zur zweiten Kammer erwarten. „Die Demokraten wollen nicht wählen!“ Gott Lob, da bleiben wir auch zu Hause und trocknen Heu und heimfen das Korn ein! Es genirt auch, so offen hinzutreten und Andern zum Troz den Namen irgend eines Kandidaten auszusprechen. Feindschaften kann's auch geben und am Ende kommt wenig dabei heraus. Gehrt's irgendwie schief, so schreibt der Kriegsminister ein Pickelhaubenrezept. — Sehr wohl, ihr lieben Krebse, bedenkt indessen: daß solche Wunderbalsame in einer Apotheke gefertigt werden, die monatlich Eine Million Thaler Zulage kostet. Es wäre doch vielleicht besser, ihr schliet weniger in den langen Sommer-tagen und schautet zu, ob die Demokraten keine Volte schlagen? Es wäre nicht das erste oder letzte Mal, daß sie euch hinter's Licht führen. So ein Demokrat gleicht einer österreichischen Banknote, er läßt sich viertheilen, wenn's für die Geschäfte seiner Partei nützlich ist, drum könnt ihr Rührigkeit von ihnen lernen. — Deshalb rathen wir wohlmeinend an: große Mustering zu halten im konstitutionellen Lager und streng darauf zu halten, daß die Mittelklassen nicht eine Masse von Revierkranken zurücklassen, denn die alten Bärenmägen allein können den gefährlichen Streit nicht ausfechten. Die Demokraten drücken am Tage die Augen zu, ohne zu schlafen, und sind Nachts thätiger als wie Hamster und Bienen, und sollte es uns kaum wundern, wenn neue Vorräthe am Ende in ihre Hände fielen. Wir fordern deshalb die konstitutionellen Trompeter auf, Alarm zu blasen, bevor der Hahn kräht und die gute Sache verathen ist. — Lieben Leute, wartet nicht auf gebratene Tauben der reactionairen oder demokratischen Küche, sondern helft euch selber, macht Geschichte, anstatt sie euch einbläuen zu lassen.

A. Z. C. Berlin, [Tagesbericht.] Im Betreff der neuen Gerüchte über Ministerial-Veränderungen können wir heute einiges Genauere melden. Das Ministerium zerfiel in neuerer Zeit bei mehreren bedeutsameren Fragen in eine Majorität und eine Minorität, erstere aus fünf, letztere aus zwei Stimmen bestehend. Mancherlei persönliche Gründe, Bestimmungen, Unzufriedenheiten u. dergl. mehr bestimmten darauf zwei andere Mitglieder der bisherigen Majorität zur Minorität überzutreten, so daß diese nun eine Majorität von vier gegen drei wurde. Hierdurch kam aber ein Bruch in das Ganze und das Ministerium, sich selbst aufgebend, verlangte in Masse seine Demission. Inzwischen gelang es aber anderen Einwirkungen das Ministerium davon zu überzeugen, daß es unpolitisch und gegen sein eigenes Interesse verfahren, wenn es jetzt, wo es dem Endpunkt aller Mühen und Kämpfe nahe gekommen sei, freiwillig zurücktrete. Es möge mindestens die Kammern und deren Entschlüsse abwarten, dann aber handeln. Diese Vorstellungen hatten zur Folge, daß die beiden abgefallenen Stimmen zur alten Majorität von fünf zurückkehrten und das Demissionsgesuch widerrufen wurde. Sollte jetzt, vor Eröffnung der Kammern noch eine Ministerial-Veränderung statthaben, so würde sie, wie man als ziemlich sicher annehmen kann, wohl nur die Herren v. d. Heydt und Rabe betreffen. — Die Bearbeitung der Wahlangelegenheiten Seitens des hiesigen Magistrats ist nunmehr dahin gediehen, daß die betreffenden Publikationen in diesen Tagen zu erwarten stehen. So weit die Zahlenverhältnisse in diesem Augenblicke feststehen, wird die Gesamtzahl sämmtlicher Urwähler Berlins 79,000 betragen. Davon kommen auf die erste Klasse 2000, in die zweite Klasse 7000, in die dritte Klasse der Rest. Doch dürften diese Zahlen wohl noch nicht als absolut feststehend zu betrachten sein. In der ersten Klasse obenan würde das Banquierhaus Gebrüder Schickler figuriren, dessen Chef aber bekanntlich hier nicht domicilirt ist. — Die rauhe, unglückliche Witterung hat in den letzten Tagen der Cholera hier vermehrten Vorschub geleistet. Vor 3 Tagen war die Zahl der Erkrankungen auf 40, vor 2 Tagen auf 30 gestiegen, gestern sollen einige 20 Todesfälle vorgekommen sein. — Wir erfahren heute, daß die Aufhebung des Belagerungszustandes bestimmt erfolgen soll, sobald die neuemanirten Gesehe in Kraft getreten sind, vorher werde man jedoch noch eine Aufrechterhaltung. — Das Provinzial-Schulkollegium hat dem Vernehmen nach, die in Folge kriegsgerichtlichen Urtheils auf längere Zeit zum Gefängniß verurtheilten Lehrer



Gehrke und Koch für diese Zeit vom Amte suspendirt. Es läßt sich also vermuthen, daß Seitens der Schul-Behörde später auch noch die Disciplinar-Untersuchung gegen die Genannten werde eingeleitet werden. — So weit es bis jetzt bestimmt ist, sollen alle Preußen, welche als Insurgenten in Süd-Deutschland angetroffen und gefangen genommen worden sind, erst auf preussischen Boden gebracht und dort vom Kriegsgericht abgeurtheilt werden. Es hängt dies mit unserer früheren Mittheilung zusammen, daß man es zu vermeiden wünscht, gewissermaßen unter den Augen des Prinzen von Preußen kriegsgerichtliche Urtheile zu vollstrecken. — Die politisch-gesellschaftlichen Bestrebungen der konservativen Vereine kommen immer mehr in Aufnahme. Am nächsten Sonnabend veranstaltet der Ausschuss des konservativ-konstitutionellen Central-Vereins in Livoli ein großartiges Konzert zum Besten der durch die Zeitereignisse bedrängten Gewerbetreibenden Berlins. Sämmtliche Musik-Chöre der Garde-Kavalerie-Regimenter Berlins und Potsdams werden unter Leitung des Musikdirektors Wieprecht darin mitwirken. — Man vermuthet, daß gleich nach Erlass der magistratualischen Publikationen über die neuen Wahltheilungen die Erlaubniß des General v. Wrangel zu den vorbereitenden Wahlversammlungen erteilt werden wird. — Der Vorstand der Berliner Schützen-Gilde macht uns die berechtigende Mittheilung, daß die in verschiedenen hiesigen Zeitungen enthaltene Nachricht: an die Schützen-Gilde sei der Antrag gestellt, in Gesammtheit dem Treubunde beizutreten, nicht die hiesige Bürger-Schützen-Gilde betreffe, da dem unterzeichneten Vorstande ein solcher Antrag bisher weder gemacht sei, noch von ihm hätte angenommen werden können, weil statutengemäß jeder unbefohlene Mitbürger ohne Rücksicht auf politische Ansichten die Aufnahme verlangen könne, und demnach politische Fragen u. d. der Gilde fern bleiben müßten, wenn ihre Tendenz nicht gänzlich verfehlt werden sollte.

Das Ministerialblatt für die gesammte innere Verwaltung in den königl. preuß. Staaten enthält u. A. einen Erlass an den königl. Oberpräsidenten der Rheinprovinz, betreffend die Korporationsverhältnisse der aus den großen preussischen National-Mutterlogen austretenden Freimaurer-Töchterlogen, vom 20. Mai 1849, worin es heißt: Wir glauben nicht unbemerkt lassen zu dürfen, daß durch Auflösung des Verbandes mit der hiesigen Mutterloge die Gerechtfame der austretenden Logen wesentlich geändert werden. Insbesondere verlieren dieselben, da die in der Rheinprovinz bestehenden Logen nur in sofern Korporationsrechte haben, als sie Töchterlogen einer der drei hier bestehenden Mutterlogen sind und mit denselben ein Ganzes ausmachen, durch die Auflösung ihrer Verbindung mit einer der preussischen Großlogen die Korporationsrechte, können solche nur durch besondere Verleihung wieder erwerben (Art. 29 der Verfassungsurkunde) und haben überhaupt keine anderen Befugnisse, als jede andere, nicht gegen das Strafgesetz verstoßende Gesellschaft. — Eine Verfügung vom 13. Mai bemerkt, daß daraus, daß für die Bürgergemeinde der Juden eine andere und allgemeinere Formel gestattet und resp. vorgeschrieben worden ist, als für die sonstigen jüdischen Eide nicht gefolgert werden kann, daß die nach jüdischen Ritualgesetzen allerdings im Allgemeinen erforderliche Assistenz eines jüdischen Gelehrten bei den Eiden der Juden hinsichtlich der Bürgergemeinde entbehrlich geworden sei. — Auf Verfügung vom 25. Mai 1849 haben auch die Auseinandersetzungs-Behörden bei der Ausfertigung ihrer richterlichen Entscheidungen sich nach dem Artikel 85 der Verfassungsurkunde vom 5. Dezember v. J. zu achten. Diese Ausfertigungen müssen daher mit den Worten: „Im Namen des Königs“ beginnen. — Eine Verfügung an das königl. Polizeipräsidium in Berlin genehmigt das neue Reglement für den Betrieb des Zedlergewerbes daselbst.

**Königsberg, 29. Juni.** [Die Versammlung der Vertrauensmänner] hat vorgestern stattgefunden. Es hatten sich zu dieser Versammlung nur die Vertrauensmänner von 34 Bezirken (57 zählte die Stadt nach der frühern Eintheilung) eingefunden. Einstimmig wurde bei dem Beschlusse: „Nicht zu wählen, wohl aber im Wahltermine zu erscheinen und zu protestiren“ verblieben. (Deutsche Ref.)

**Königsberg, 1. Juli.** [Der „Provinzial-Kongress“ zur Wahrung des verfassungsmäßigen allgemeinen Wahlrechts] hat gestern im Lokale des Börsengartens stattgefunden. Einem Berichte darüber in der heutigen „Neuen Königsb. Ztg.“ entnehmen wir, daß bei demselben 47 Städte und 158 Dörfer und Ortschaften durch 34 Deputirte vertreten waren, und daß sich etwa 300 Zuhörer bei den Verhandlungen eingefunden hatten. Als Resultat derselben ist folgender durch die hiesigen Zeitungen veröffentlichter Beschluß hervorgegangen: 1) Unsere Partei theilt sich an den zum 17. Juli d. anberaumten Wahlen weder durch Abgabe der Stimme noch durch Annahme einer Wahl; — 2) Wir erklären, daß wir eine auf Grund des Wahlgesetzes vom 30. Mai zusammentretende Kammer nicht als das verfassungsmäßige Organ des

Volkswillens anerkennen; — 3) Wir erklären daher alle und jede von dieser Kammer zu fassenden Beschlüsse für rechtsungültig. (Berl. Nat.-Ztg.)

Bei Gelegenheit des Kram- und Viehmarktes in Nawra im Kreise Thorn hat am 25. Juni ein grober Erzeß stattgefunden, welchen die zur Aufrechterhaltung der Ordnung dort anwesenden 6 Gensdarmen nicht zu steuern vermochten. Dieselben wurden vielmehr gezwungen, den thätlich auf sie eindringenden Massen zu weichen und die Flucht zu ergreifen. Der Gensdarm Meding, welcher hierbei das Unglück hatte mit dem Pferde zu stürzen, wurde von der nachfolgenden Menge überfallen und am Kopfe lebensgefährlich verwundet, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Die gerichtliche Untersuchung ist bereits im Gange. — Dem Vorfalle liegen keine politischen Motive zum Grunde. C. C.

**Halle, 30. Juni.** [Wahlen.] Gestern beschloß der außerordentlich zahlreich besuchte deutsche Verein einstimmig an den zum 17. Juli durch die Ordonnanz vom 30. Mai ausgeschriebenen Wahlen für die zweite Kammer sich nicht zu betheiligen und gegen die Beschlüsse der danach zusammentretenden Kammer Protest einzulegen. (Berl. konst. Z.)

### Deutschland. Operationen in Baden.

**Karlsruhe, 29. Juni.** Abends. Unaufhörlich hört man seit 11 Uhr Morgens die schweren Geschüßsalven aus der Gegend von Rastatt her die Luft durchdröhnen. Eine Kavallerieordonnanz, die von dort kommt, meldet, die Preußen hätten die äußersten Befestigungen von Rastatt bei Muggensturm angegriffen, und der Prinz von Preußen hätte fest erklärt, dieselben heute noch einnehmen zu wollen. Die Besatzung von Rastatt hat in dieser Nacht übrigens einen Ausfall gemacht und die preussischen Vorposten sehr zurückgedrängt. — Der letzte Akt des Trauerspiels soll, so scheint es, blutiger werden als wir gehofft. Seit Dienstag war eine Art Waffenruhe; der Prinz von Preußen hatte sein Heer in der Nähe von hier zusammengezogen und auf heute den Wiederbeginn der Kriegshandlungen festgesetzt. Zur Einleitung sollte bereits gestern das Corps von Peucker über das Gebirge gegen die rechte Flanke der Aufständischen operiren. Eine Abtheilung dieses Corps, aus Hessen (ob auch Preußen dabei gewesen ist unsicher) bestehend, traf bei Böllersbach, auf der Hochebene zwischen Alb und Murg auf starke Haufen von Freischaaaren und wurde von diesen geworfen. So sagen wenigstens angekommene Verwundete und Landleute der Gegend aus. Gestern Abend noch und heute in der Früh rückten starke Kolonnen des Hirschfeld'schen Heerführers von hier landaufwärts und die Stadt blieb nur von zwei Bataillonen Mecklenburgern besetzt. Um 8 Uhr folgte ihnen der Prinz von Preußen mit dem gesammten Hauptquartier. Nach Muggensturm sei die Bestimmung, sagte man im Schlosse. Doch schon um 10 Uhr vernahmen wir hier deutlich den Kanonendonner. Arbeiter auf dem Felde wollen bereits seit der Frühe Kleingewehrfeuer vernommen haben. Seitdem dauert das Gefecht, die Schlacht muß man eigentlich sagen, ununterbrochen, und jetzt ein Viertel nach 8 Uhr tönt noch das Geschüßfeuer zu uns herüber. Bei Malsch, am Fuße des Gebirges, war der äußerste Posten des Feindes, hier muß lange und hartnäckig gekämpft worden sein. Eine ansprechende Ordonnanz sagte uns gegen 5 Uhr, das Gefecht stehe zwischen Malsch und Muggensturm. So weit man dem Schall nach zu urtheilen vermag, hat das Feuern auf den Flügeln aufgehört und dauert noch im Centrum der beiden Heere. Es ist also nach zehnstündigem Kampf nicht alles entschieden. (A. Z.)

Die berliner „deutsche Reform“ berichtet über die Schlacht vor Rastatt: „Abermals ein glorreicher Kampf der Operations-Armee in Baden, um so glorreicher, als die Widerstandsfähigkeit eines noch immer zahlreichen und augenscheinlich geschickt geleiteten Feindes, der außerdem mit dem Muth der Verzweiflung sich, nicht länger in Frage gezogen werden kann. Man hatte erwartet, Mieroslawski werde die seit Rastatt keinen Widerstand mehr versuchen, man hat sich darin getäuscht und an der von ihm besetzten Murglinie ist das Blut in Strömen geflossen. Zwischen Karlsruhe und Rastatt, oder näher bezeichnet, zwischen Malsch und Muggensturm in einem coupirteten und waldigen Terrain, hatte der Feind sich gesetzt, nacheinander wurden die Korps der Generale v. Hirschfeld und v. Peucker ins Treffen geführt, aber erst nach einem zwölfstündigen Kampfe, in welchem namentlich die Artillerie gewirkt, gelang es, der sämmtlichen Positionen Herr zu werden und den Feind bis unter die Kanonen der Festung Rastatt zurückzudrängen. Alle Vorwerke und Schanzen sind mit Sturm genommen; wenn der Sturm auf Rastatt selbst überhaupt oder doch schon jetzt im Plane der diesseitigen Heerführer liegen sollte, so würde er unmittelbar unternommen werden können. Wahrscheinlich aber beabsichtigt man nur eine Cernirung, wenigstens deutet darauf die Bewegung des Peucker'schen Korps längs der Murg, wo

ihm dieselbe Aufgabe zu Theil zu werden scheint welche es am Neckar mit so großem Erfolg gelöst hat: den in der Front vom Hauptkorps angegriffenen Feind gleichzeitig zu umgehen und in die Flanke zu nehmen; der General hatte nach den letzten Nachrichten sein Hauptquartier bereits nach Baden-Baden verlegt und in den glänzenden, aber verödeten Sälen des Konversationshauses wogten in bunter Mischung die verschiedenen Uniformen der zahlreichen Kontingente, welche er zum Kampfe führt. Die Verluste im Treffen von Muggensturm sind auf Seiten der Aufständischen sowohl, als wie bei der Tapferkeit und festen Stellung des Feindes nicht anders zu erwarten, der Truppen sehr bedeutend. Der Prinz von Preußen war stets im dichtesten Feuer und mehreren Offizieren seines Erfolges sind die Pferde unter dem Leibe erschossen; von den Truppen hat mit ganz besonderer Auszeichnung das 16. Landwehregiment gefochten. Die zahlreichen Verwundeten sind meist nach Karlsruhe zurückgebracht, und wenn etwas die Liebe und Begeisterung erhöhen kann, mit welcher der preussische Soldat dem erlauchten Prinzen seines Königshauses zum Kampfe folgt, so ist es die theilnehmende und unermüdete Sorgfalt, welche derselbe den Opfern des Kampfes in jeder Weise zuwendet. Die provisorische Regierung von Baden übrigens hat sich bereits in Freiburg installirt und auch die konstituierende Landes-Versammlung soll sich beschlußfähig dort eingefunden haben.“

Die königliche Zeitung enthält ferner folgende Schilderung eines Augenzeugen: „**Karlsruhe, 29. Juni.** Nachdem die Truppen heute früh die Stadt verlassen, hörten wir bald eine ferne Kanonade. Wir gingen dem Kanonendonner nach. Bei Ettlingen war der Geschüßdonner und selbst das Pelotonfeuer vernehmlicher und stärker, und wir sahen an vielen Stellen östlich von Rastatt in gleicher Linie Pulverdampf aufsteigen. Eine Menge Menschen hatte sich bei Ettlingen in einem Weinberge versammelt, um das Gefecht aus der Ferne zu sehen. Wir trafen in Bruchhäuser die Arriergarde (Husaren), in Malsch das Hauptquartier des Prinzen von Preußen. Hier wurden plötzlich die Soldaten alarmirt, ein Offizier sagte uns, wir seien zu rechter Zeit gekommen, da im nächsten Orte zwei Bataillone Freischärler erschienen seien und es jedenfalls mit ihnen zu einem Gefechte kommen würde. Ein anderer Offizier, welcher hinzu kam, erzählte uns, daß ihm vorhin ein früherer Abgeordneter der zweiten berliner Kammer in die Hände gefallen sei. Es sei der Professor Kinkel, der eine Kopfwunde gehabt habe. Er sprang auf, da kamen Wagen voll Verwundeter an; verstimmt über diesen Anblick kehrten wir zurück, nachdem wir Rastatt bis auf eine halbe Stunde nahe gekommen waren. So viel wir aus Mittheilungen kommandirender Offiziere vernehmen konnten, war die Stellung der Truppen heute Abend halb sieben Uhr etwa folgende: Der Prinz von Preußen stand mit dem Korps Hirschfeld nördlich von Rastatt, seinen linken Flügel im Gebirge anlehnd, sein Hauptquartier war in Malsch, die Vorposten in dem erstürzten Muggensturm. General-Lieutenant Peucker, der mit den Reichstruppen im Gebirge avancirt war, hat bereits Baden-Baden genommen und schneidet dem Feinde den Rückzug nach dem Gebirge ab. Das Korps v. d. Gröben schiebt sich in der Ebene zwischen Rastatt und dem Rheine vor, wird Rastatt von der Westseite angreifen und wo möglich den Insurgenten die Rückzugslinie längs dem Rheine nehmen.“

Einem Privatschreiben aus Karlsruhe vom 30. Juni entnehmen wir: „Als wir gestern Mittag mit dem 1. Korps hier einrückten, hörten wir weiter südlich eine sehr starke Kanonade und zwischen durch bald Peloton-, bald sehr lebhaftes Rottenfeuer. Heute früh nun erfahre ich, daß ein Treffen in der Nähe von Ettlingen, dem Hauptquartier des Hirschfeld'schen Korps, stattgefunden, und zwar bei und zwischen den Dörfern Böllersbach und Muggensturm; es soll sehr heiß hergegangen sein und endigte damit, daß die Freischaaaren bis unter die Kanonen der Festung Rastatt zurückgetrieben wurden. Sie hinterließen mehrere Tode und Verwundete; unter letzteren wurde auch Professor Kinkel aus Bonn, der durch eine Flintenkugel am Hintertheile des Kopfes leicht verwundet worden, zum Gefangenen gemacht. Ob von preussischer Seite Tode geblieben sind, weiß ich noch nicht, bezweifle es aber keineswegs. Fünf Wagen mit 14 Verwundeten, worunter 5 schwer, habe ich selbst ins hiesige Lazareth bringen gesehen. Es dürfte doch noch längere Zeit dauern, ehe dieser Kampf beendet ist; der Zufluchtsort wird zuletzt der Schwarzwald sein, und würde der Krieg dadurch ein sehr erschwerter werden. — Die Stimmung hier in Baden sowohl, als in der Pfalz ist, namentlich in letzterer, durchweg eine gute, und ist man besonders auf Preußen sehr gut zu sprechen.“

Die Ober-Post-Amts-Zeitung berichtet aus Karlsruhe, 30. Juni: „Die Kanonade bei Malsch und Muggensturm, welche gestern Abend um 6 Uhr auf-“  
(Fortsetzung in der Beilage.)



Donnerstag den 5 Juli 1849.

(Fortsetzung.)

hört hatte, fing eine Stunde später, gegen 7 Uhr, wieder an und dauerte in ununterbrochener Heftigkeit bis in die Nacht hinein. Zwischen 8 und 9 Uhr vernahm man schweren Geschützdonner, der wahrscheinlich von den Wällen Rastatt's herrührte. Wie man jetzt hört, hatte der gestrige Kampf, jedenfalls der hartnäckigste von allen bisher gewesen, das Vordringen des Peucker'schen Corps über die Murg zur Folge. Die Freischaaeren sollen sehr viele Verluste gehabt, aber auch die Truppen nicht wenig gelitten haben. Einer Bekanntmachung des preussischen Gouverneurs, Oberst von Brandenstein, zufolge wird unsere Stadt für die nächste Zeit keine Einquartierung mehr, sondern nur eine Garnison von 1600 Mann und 200 Pferden erhalten. Für die Verpflegung derselben hat die Stadt zu sorgen. — Trotz der gegentheiligen Angaben einiger Blätter wird die Rückkehr des Großherzogs dennoch so bald nicht erfolgen. Jedenfalls so lange nicht, als der Kriegszustand dauert, und dieser wird erst dann aufhören, wenn die Aufrehrer nach der Strenge des Gesetzes gerichtet sein werden. Die Handhabung des Kriegszustandes geschieht übrigens hier so milde, daß man, die strenge Fremden-Kontrolle abgerechnet, gar nichts davon gewahrt wird. — Nachschrift. So eben höre ich aus sicherer Quelle, daß die Preußen gestern die Mäusenwerke von Rastatt genommen haben. Die Favorite ist zusammengeschoffen worden.

Ueber die erwähnte Kanonade schreibt ein anderer Korrespondent der „Frankfurter Ober-Post- und Zeitungs“ noch Folgendes: „Unaufhörlich dröhnte gestern von Morgens 10 Uhr bis zur einbrechenden Dunkelheit der Donner des schweren Geschützes, untermischt mit Pelotonfeuer. Längs der ganzen Murglinie, besonders aber bei Fischweyer und Malsch, haben die Corps der Generale v. Peucker, v. Hanneken und v. d. Gröben mit den Anständischen im heftigen Gefechte gestanden. Diese letzteren, in der Stärke von 14 bis 15,000 Mann, fochten mit dem Muth der Verzweiflung und konnten erst nach der hartnäckigsten Gegenwehr zurückgedrängt werden; der Prinz von Preußen selbst ging dem feindlichen Feuer so nahe, daß mehreren Offizieren seines Gefolges die Pferde unter dem Leibe erschossen wurden und die feindlichen Kugeln stets um ihn herumspiffen. Auch von Rastatt aus brauchten die Aufständischen schweres Geschütz, an welchem sie unsern Truppen weit überlegen sind, mit großem Erfolg. Dagegen konnten die Preußen von ihrer vielen Kavallerie wegen des bergigen Terrains keinen Gebrauch machen, und die preuss. Ulanen mußten von einer beabsichtigten Attaque wieder absehen. Uebrigens wurden die Insurgenten an allen Seiten zurückgedrängt und ist der Erfolg des gestrigen Tages als ein für uns günstiger anzusehen. Ueber den Verlust, der auch auf Seite der Truppen nicht unbedeutend sein wird, läßt sich noch nichts Bestimmtes angeben. Mehrere Wagen mit Verwundeten wurden in der Nacht hier eingebracht. Heute Morgens schweigt der Kanonendonner gänzlich — ein Zeichen, daß die Waffen ruhen. Die jetzt hier liegenden Medlenburger werden wahrscheinlich morgen wieder weiter südwärts vorrücken.“

Ein dritter Correspondent berichtet: „Ueber das Gefecht, welches gestern in der Nähe Rastatts statt fand, erfährt man, daß dasselbe in Muggensturm (zwischen hier und Rastatt) war. Es dauerte gegen 12 Stunden und endete mit dem vollständigen Siege der königl. preussischen Truppen, welche sämtliche feindliche Schanzen und Vorwerke mit Sturm nahmen. Das Hauptquartier des Prinzen von Preußen ist in Ettlingen, das des Generals Peucker in Baden-Baden, welcher den Feind umgehen und ihm den Rückzug abschneiden will. Rastatt soll cernirt sein, Ausgezeichnet hat sich besonders das 16. Landwehr-Regiment und das 27. Infanterie-Regiment.“

Aus Freiburg geht uns die sichere Nachricht zu, daß sich die provisorische Regierung von Baden daselbst in Thätigkeit befindet. — Gestern haben auch die Insurgenten von der Festung Rastatt auf mehrere Dörfer geschossen, worin sie Preußen vermutheten; mehrere Gebäude, ja, ein Dorf ist dabei abgebrannt. Den ganzen Tag werden fortwährend gefangene Aufständische eingebracht; diejenigen, welche freiwillig sich der Revolutions-Armee angeschlossen hatten, werden in strengen Gewahrsam gebracht, diejenigen vom ersten Aufgebot aber, die gezwungen mitgehen mußten, werden mit Lauspässen in ihre Heimath gewiesen.

Aus dem Badischen meldet endlich die Kölnische Zeitung unterm 1. Juli: „Es ist wirklich eigenthümlich, wie geheim die Operationen der Armee von Seiten ihrer Ober-Generale gehalten werden; selbst in der unmittelbaren Nähe des Kriegs-Schauplatzes kann man kaum etwas Zuverlässiges erfahren. Hinsichtlich der

Bewegungen unserer Armee muß ich sonach für heute mich darauf beschränken, Ihnen zu berichten, daß Rastatt bis auf eine halbe Stunde im Umkreise encernirt ist. Das Corps des Generals von Hirschfeld steht auf der nördlichen Seite. v. Peucker gewann mit seinem Corps nach einigen äußerst anstrengenden und schwierigen Märschen über die Höhen des Alp- und Murgthales die südliche Gegend oberhalb Rastatt und lieferte bei Kuppenheim und Dos ein siegreiches Gefecht, in Folge dessen er seinen rechten Flügel mit dem linken Hirschfeld'schen vereinigt und seinen linken Flügel bis zum Rhein vorgeschoben hat. Nur ein kleiner Ausweg bei Pittersdorf über den Rhein nach Selz bleibt den Rebellen; doch wird bis heute auch dieser versperrt sein. Der Obergeneral Mieroslawski fand es für gerathen, sich mit der provisorischen Regierung und einem starken Corps ins Oberland zu begeben. Wäre das schwere Geschütz bei unserer Armee in hinreichender Anzahl vorhanden, so könnte man auf den Fall von Rastatt in wenig Tagen zählen. Es fragt sich daher, ob noch eine Verstärkung der Artillerie abgewartet oder sogleich mit einem Sturm begonnen werden soll, der viele Menschen kosten dürfte. Die Hoffnungen auf eine Contre-Revolution in Rastatt verschwinden immer mehr, da die dortige Bürgerschaft, welche früher das Militair verführte hatte, jetzt allen Einfluß bei ihm verloren hat und dieses im Einklang mit den Freischaaeren das Aeußerste versuchen will.“

Konstanz, 29. Juni. Der von verschiedenen Seiten her verkündete Einmarsch österreichischer Truppen hat sich bisher noch nicht bestätigt; doch werden sie von einem großen Theil der Bevölkerung mit eben so großer Sehnsucht erwartet, als sie von einer andern Seite gefürchtet werden. Man vernimmt, daß der Kriegs-Ober-Kommissär, oder wie das Amt heißt, unter welchem die Territorisirung des Seekreises steht, an sämtliche Dampfschiffe den Befehl erließ, daß keines mehr in Bregenz landen dürfe, weil besüchtigt wird, die Schiffe könnten dort zum Truppentransport zurückgehalten werden. Gestern hat man dahier einen alten Schweizer-Oberst v. Zeerleder (vom Sonderbund-Krieg her bekannt) als Gefangenen eingebracht; er soll standrechtlich abgeurtheilt werden. Man beschuldigt ihn, mit den Oesterreichern in Korrespondenz gestanden zu haben — kurz, man behandelt ihn als Spion. — Heizen ist schon mehrere Tage hier; seinen Eingebungen, heißt es, hat man diese Plackereien zu verdanken. — Gestern hat auch Erstatthalter Peter um Mitternacht unsere Stadt passirt. Zufälligerweise waren denselben Abend die Stadthore bewacht, die zur Schweiz führen, weil man fürchtete, es möchten in Folge der anbefohlenen Ablieferung der Waffen solche in die Schweiz geflüchtet werden. So geschah es, daß Herr Peter angehalten und erkannt wurde. Die Wache fragte ihn, ob er keine Waffen habe; er verneinte es, und so ließ man ihn sammt dem Gelde, womit er reichlich versehen gewesen sein soll, die Flucht in die Schweiz fortsetzen. Mittlerweile suchen unsere Glückmacher mittelst Befehls oder Gewalt den Kasen zu Leib zu kommen, und wenn es noch lange andauert, werden auch Verhaftungen nicht ausbleiben. — Von Freiburg vernehmen wir, daß mehrere vermögliche Bürger sich im Gefängniß befinden, und daß man an sie das Ansehen stellt, sich mit 10,000 Fl. freizukaufen. — Seit mehreren Tagen erhalten wir keinen Schwäbischen Merkur mehr; er wird in Stockach von einem Civil-Kommissär, der seines Zeichens ein Buchbinder ist, unterschlagen. (Schw. M.)

Kehl, 28. Juni. Heute kamen 3 Abgesandte einer Schaar Polen und Italiener von 400 Mann, welche aus der Schweiz durch Elßaß sich der badischen Grenze nähern und uns ihre Dienste freiwillig anbieten. Täglich strömen Massen von Freiwilligen herbei und die in die Heimat gegangenen Volkswehren werden allmählig wieder zusammen geholt, wodurch die Armee bei Rastatt fortwährend vermehrt und zu einer imposanten Größe anwachsen wird. — Heute kamen Leute aus dem Corps des Generals Sznaiide und berichteten, daß es allerdings wahr sei, daß Sznaiide von seinen eigenen Leuten verwundet wurde und nur durch die Flucht der Ermordung entging. Der Hauptgrund zum Verdachte der Verrätherei des Sznaiide liegt darin, daß derselbe während der Schlacht bei Philippsburg am 21. im Rücken der Preußen, unweit Knielingen, stand und gänzlich unthätig blieb. Hatte Sznaiide auch keine Dreie zum Vorrücken, so hätte ihm doch wenigstens der fortwährende Kanonendonner Veranlassung geben sollen, einen Theil seiner Truppen zur Recognition abzusenden, und wäre er dann auch erst auf die erhaltene Meldung vorgerückt, so hätte er dennoch zeitig genug auf dem Schlachtfelde eintreffen können, um unsern Rückzug zu verhindern. Seine völlige Unthätigkeit läßt sich allerdings nicht

entschuldigen! — Gestern ist der Obergeneral Mieroslawski hier angekommen und sogleich nach Straßburg abgegangen. Heute ist er wieder zur Armee zurückgekehrt. (Frankf. Z.)

Ludwigshafen, 29. Juni. Heute früh war der kommandirende Reichs-General Fürst Thurn und Taxis in Ludwigshafen und erklärte den wiederum zurückgekehrten Bewohnern dieser unglücklichen Stadt, daß die Baiern nicht eher Mannheim und das badische Gebiet räumen würden, als bis der letzte Stein in Ludwigshafen wieder gesetzt und überhaupt der geringste Verlust entschädigt sein werde. (Fr. Z.)

Frankfurt, 30. Juni. In der verfloffenen Nacht sind die sämtlichen zahlreichen Gefangenen des badischen Aufstandes, welche hier seither in den Militär-Arrestlokalen detinirt waren, nach Mannheim transportirt, und man darf daraus wohl auf die ungesäumte Einleitung des gerichtlichen Verfahrens gegen die Theilnehmer des Aufstandes schließen. — Die „Frankf. Ztg.“ bringt eine Entgegnung gegen die Behauptung der „Deutschen Ztg.“, das jetzige Reichs-Ministerium habe dem Ulm-Rastatter-Baufonds zwei Millionen Gulden entzogen, um sie für unbekannte Zwecke zu verschleudern. Der wahre Hergang der Sache sei folgender. Bekanntlich hatte das vorige Ministerium für die letzten vier Monate des Jahres 1848 ein Budget vorgelegt und die Nationalversammlung solches auch genehmigt, worin die verschiedenen Bedürfnisse der Central-Gewalt und insbesondere auch der Aufwand für Reichstruppen und für die Flotte, ersterer mit 1¼, letzterer mit 5¼ Millionen Gulden vorgesehen waren. Die Umlagen auf den Grund dieses Budgets gingen nur sehr spärlich, jene für die Flotte speziell aber gerade von den bedeutendsten Staaten Deutschlands gar nicht ein, noch heute stehen die bedeutendsten Beträge aus. Von der Umlage für die Reichstruppen ist fast noch gar nichts eingegangen. Die Mittel, die in Folge des Ausbleibens dieser Umlagen fehlten, um die Anschaffungen für die Marine fortsetzen und die Ausgaben für Reichstruppen bestreiten zu können, glaubte das vorige Ministerium aus den Baar-Beständen des Ulm-Rastatter-Baufonds verschußweise entnehmen zu können. So wurden nach Anordnungen des oben gedachten abgegangenen Ministeriums ungefähr 1¼ Millionen Gulden aus dem Ulm-Rastatter-Baufonds gezogen. Andere 700,000 stehen von verschiedenen Staaten an Matrikular-Beiträgen zum Ulm-Rastatter-Baufonds heute noch aus. Aus dieser Darstellung ergebe sich, daß von einer Verschleuderung überhaupt keine Rede ist, am wenigsten aber das jetzige, erst seit einem Monat in Thätigkeit befindliche Ministerium dabei theilhaftig sein kann, da die Verwendung obiger 1¼ Millionen in die Zeit vor dem Amtsantritt des jetzigen Ministeriums fällt. (Köln. Z.)

Stuttgart, 1. Juli. [Sitzung der Ständeversammlung vom 30. Juni.] Am Ministertische die Staatsräthe Duvernoy und Goppelt. Der Abgeordnete Ködinger erhält zuerst das Wort: Ich bin veranlaßt, eine Anfrage an den Ministertisch zu stellen, weil die Antwort, je nachdem sie ausfallen wird, meine Abstimmung über den Finanz-Etat bestimmen wird. Sie betrifft das Verhältniß unserer Regierung zu der Reichsgewalt. Ein Zeitraum von fast 1½ Jahren mit allen seinen Kämpfen, Opfern und Verlusten liegt nun hinter uns, welcher umsonst durchgemacht wäre, wenn die Reichsverfassung nicht zum Vollzug käme. Und doch sind wir an einem Punkte angelangt, wo wir fast daran verzweifeln müssen. Man hat in diesem Saale, vom Ministertisch aus immer gesagt, es sei Ernst mit der Durchführung der Reichsverfassung; aber man hat zugleich auch uns erklärt, man werde sie halten, wo sie durchführbar sei. Ich entgegnete darauf, daß man nicht allein den Willen dazu haben muß, sondern sich auch in die Stellung zu setzen hat, sie auszuführen. Es ist wahr, daß mehrere größere Staaten gegen die Reichsverfassung aufgetreten sind, aber dies sind nur die Kabinete, nicht das Volk, nicht die Repräsentation. Die Bevölkerung dieser Staaten ist ganz entschieden für die Reichsverfassung, wo soll nun das Recht und die Möglichkeit herkommen, sie nicht durchzuführen? Die Kabinete müssen auf den Weg der Ehre gelenkt werden, wir müssen uns also mit den verfassungstreuen Staaten verbinden, um im parlamentarischen Kampf und in diplomatischem Verkehr die Reichsverfassung zur Durchführung zu bringen. Wenn Württemberg von Anfang an diesen Weg eingeschlagen hätte, so wäre kein Tropfen Blut geflossen (starke Zeichen des Zweifels). — dies ist nachzuweisen. Jetzt gilt es noch, mit diesen Staaten zusammenzutreten, und dies wäre noch möglich, wenn man denselben Eifer wie Anfangs anwenden würde. Man könnte wenigstens sagen, man habe versucht, den Weg einzuschlagen, welchen Recht, Ehre und



öffentliche Stimme verlangen. Ehe dieser Versuch, welcher einen festen Punkt bringen kann, von unserer Regierung gemacht ist, behaupte ich, daß sie ihre Schuldigkeit nicht gethan hat. Ich glaube, die Regierung sollte der öffentlichen Stimmung dadurch Genüge leisten, daß sie einen einflussreichen Diplomaten in diejenigen Staaten schickt, welche die Reichsverfassung anerkannt haben, um zu versuchen, ob nicht eine Vereinbarung mit den drei Staaten Preußen, Hannover und Sachsen möglich ist. Ich frage, ob die Regierung in diesem Sinne handeln will oder vielleicht schon gehandelt hat, zur Ehre unseres Volkstammes.

Staatsrath Duvernoy: Die Regierung hat schon oft erklärt, daß sie Alles thun werde, um auf förderlichem Wege die Reichsverfassung durchzuführen. Man kann der Regierung nicht nachweisen, daß sie je von der Reichsverfassung abgewichen ist, auch wird sie im Gebiete der Gesetzgebung nicht davon abweichen. Rödinger: Ich bin von den besten Absichten der Regierung überzeugt, allein das Verhalten derselben führt nicht zum Zwecke; ich behalte mir vor, in dieser Angelegenheit einen besondern Antrag zu stellen.

Schoder: Nach der Erklärung vom Ministertisch sei das Wahlgesetz vom Staatsoberhaupt noch nicht unterzeichnet; er trage darauf an, die Abstimmung über den Haupt-Finanz-Etat, die heute auf der Tagesordnung steht, zu verschieben, bis das Wahlgesetz im Regierungsblatt verkündigt ist. Er erinnere nur an die preussische Denkschrift; wenn auf diese hin unsere Standesherren sich an Preußen beschwerend wenden, so könnte Preußen gegen den Vollzug des Wahlgesetzes Einsprache erheben. Ueberhaupt sei es weder Mißtrauen gegen das Ministerium, noch gegen das Staatsoberhaupt, das er habe, sondern Mißtrauen in die Verhältnisse, welche die Regierung dazu bringen könnten, die Sache in abermalige Erwägung zu ziehen.

Die Preußen stehen vor der Thüre, es könnten Wechselfälle eintreten. So lange das Gesetz nicht in der Druckerei ist, ist die Sache nicht erledigt. Scherr: Ich unterstütze den Antrag, die Endabstimmung zu vertagen, bis das Wahlgesetz verkündigt ist. Holzinger: Und ich stelle den Antrag, auf unsere Tagesordnung einzugehen und nicht darüber wegzugehen.

Zwenger: Ich erlaube mir an den Ministertisch die Frage, ob denn Anstände sich der Verkündigung des Wahlgesetzes entgegenstellen, ob nicht die Zusicherung gegeben werden kann, daß alsbald nach der Verkündigung des Budgets auch das Wahlgesetz verkündigt wird. Staatsrath Duvernoy: Es liegt kein Anstand vor, der König hat die Beschlüsse der Stände-Versammlung über das Wahl-Gesetz sanktionirt, es handelt sich nur noch um die Unterschrift des Gesetzes, eine Abschrift ist bereits in der Druckerei. Der Redner sichert die alsbaldige Verkündigung zu.

Schoder: Die endliche Sanction durch das Staatsoberhaupt liegt eben noch nicht vor. Der Antrag, die Hauptabstimmung zu vertagen, wird hierauf mit 46 gegen 37 Stimmen abgelehnt. Nach der Abstimmung sagt Hr. v. Zwenger: Ich bin bei meiner Abstimmung von der Ansicht ausgegangen, das Wahlgesetz werde am nächsten Montag im Regierungsblatt erscheinen. Staatsrath Duvernoy: Es wird keinen Anstand haben, daß es am Montag Abend im Regierungsblatt erscheint. Hierauf wird über den Haupt-Finanz-Etat auf 1848-49, wie er sich nach den Berathungen der Stände-Versammlung herausgestellt hat, abgestimmt und derselbe mit 58 gegen 25 Stimmen genehmigt. (Schw. M.)

Dresden, 1. Juli. [Ordensverleihungen.] Von den Orden, welche vom Könige von Sachsen an preussische und sächsische Militärs wegen ihrer im Kampfe bewiesenen Bravour vertheilt worden sind, erhielten: Von preussischen Offizieren 12, von sächsischen 37, Orden. Medaillen wurden vertheilt 87 an preussische, 71 an sächsische Soldaten. 130 sächsische Militärs wurden wegen ihres ausgezeichneten Verhaltens dem Könige namhaft gemacht. (L. Z.)

Lüneburg, 1. Juli. [Winke in Gotha] hat die Centren für ihre beabsichtigte Handlungsweise recht tüchtig gezeigelt. Daß v. Winke überhaupt nicht daran denkt, den Rechtsboden zu verlassen, wird am besten dadurch bewiesen, daß er sich gegen jede Wahl nach dem octroyirten Wahlgesetze in Preußen entscheiden ausgesprochen hat. Ebenfalls auf dem Rechtsboden, wenn auch auf einem etwas verschiedenen, stand Grumbrecht, der keineswegs einen Bund mit Baiern predigte, sondern nur kein Kleinstes Deutschland wollte, in dem auch Baiern mit dem Süden jenseits der Mainlinie fehlen würde. Als er bestimmt erklärte, daß das hannoversche Volk sich kein octroyirtes, nicht von den Kammern genehmigtes Wahlgesetz gefallen lassen werde, — so lautet die Behauptung — da erhob sich nicht allein kein sehr lebhafter Widerspruch, sondern gar keiner, da darin alle Hannoveraner übereinstimmten. (H. C.)

### Kriegschauplatz.

Flensburg, 30. Juni. Die Dänen sollen jetzt ernstlich beschäftigt sein, sich einzuschiffen, jedoch nicht bei Helgenäs, sondern bei Ebeltoft. Das Hauptquartier

des Generals Prittwitz ist in Aarhus und es liegt in der Stadt allein ein Korps von nahe an 6000 Mann. Wenn von einer Besetzung von Randers oder von einem Hinaustrücken über Randers gesprochen wird, so darf dies jedenfalls nur von Streifcorps verstanden werden; der Zweck der vorgängigen Bewegung überhaupt ist mit der Besetzung von Aarhus erreicht.

(Kiel. Korresp. Bl.)

Kopenhagen, 1. Juli. Aus Affens wird vom 28. Juni berichtet, daß die vereinigte schwedisch-norwegische Escadre auf der dortigen Rhethe am Abend vorher vor Anker gegangen sei.

Nach Bornholms Avis passirten am 26. Juni neun große russische Kriegsschiffe Hammer. Das russische Kriegsdampfschiff Ischora ist gestern Vormittag von Møen hier angekommen.

Gothenburg, 28. Juni. [Die russische und schwedische Flotte.] Aus Calmar wird berichtet, daß man bei Deland eine vermuthlich russische Flotte von 12 Segeln südlich steuern gesehen. — Das zweite Geschwader, die Fregatten „Desirée“ und „Gothenburg“ und die Corvette „Najaden“ hatte am 23. noch nicht ausgelegt. Der „Thor“ war dagegen schon abgegangen. Das ausgelassene erste Geschwader meint man nach dem Belt bestimmen.

### Russland.

St. Petersburg, 24. Juni. [Der Marsch der Gardes.] Der Ausmarsch der Gardes, der so oft schon irrthümlich angekündigt worden ist, hat jetzt begonnen und die hiesigen Blätter, wenngleich es ihnen nicht erlaubt zu sein scheint, über den Ausmarsch der Garde-Regimenter von hier zu berichten, enthalten schon eine Meldung aus Dorpat vom 13. d. M. über die Reihenfolge, in welcher diese Kerntuppen dort eintreffen werden und zum Theil schon eingetroffen sind. Der Durchmarsch der Gardes durch Dorpat begann am 13. Juni, an welchem Tage das Grenadier-Regiment des Königs Friedrich Wilhelm III. dort eintraf; er soll am 5. Juli durch eine Abtheilung Garde-Artillerie beschlossen werden. Im Ganzen werden durch Dorpat marschiren 16 Bataillone Garde-Infanterie, 44 Schwadronen (darunter die Kürassier-Regimenter des Kaisers und des Thronfolgers) und das Chevaulegers-Garde-Regiment der Kaiserin) und 6 Batterien.

### Oesterreich.

N. B. Wien, 3. Juli. [Vom Kriegschauplatz. Vermischtes.] Die sich bewährende sorgfältige Combination des jetzigen Feldzugs und das unaufhaltsame Vordringen der österreichischen und russischen Truppen rechtfertigen die sanguinische Erwartung, dieselben noch im Laufe dieser Woche in Pesth einrücken zu sehen. — Das Hauptquartier der Donau-Armee war am 1ten in Banya, am 2ten in Babolna. In Raab hatten Klapka und Pötkenberg den bei 16,000 Mann starken Feind befehligt, der bei Ucs eine neue Aufstellung genommen hat. Der Kaiser scheint seine ursprüngliche Absicht, von Wien nach Raab zurückzukehren, für den Augenblick aufgegeben zu haben. Die Stadt Raab zählt jetzt eine Besatzung von 3 österr. Bataillons. Die Judengemeinde daselbst mußte wegen Beteiligung mehrerer ihrer Mitglieder an der magyarischen Sache eine Geldstrafe von 80,000 Fl. C. M. erlegen. — Das Hauptquartier des russischen Feldmarschalls Paskevitch war am 27ten in Miskolcz, bis zu welchem Orte er keinen Widerstand fand. An demselben Tage hatte General Rüdiger sein Hauptquartier noch in Eperies. Ueber Neutra rücken neue, sehr bedeutende russische Truppenmassen, besonders Kavalerie, nach. — Die Ungarn haben ihre an der Waag stehenden Vorposten zurückgezogen. — Die Fahrten der Dampfboote werden bereits bis Gönyö ausgedehnt, einstweilen jedoch nur für militärische Zwecke. — Die russischen Commandos erhielten die Weisung, den Postenlauf nicht zu stören und die Postgebäude von militärischer Besatzung zu befreien. — Briefe aus Agram bringen die Nachricht, daß Feldmarschall-Lieutenant Baron Dietrich an der Cholera gestorben sei, stellen dagegen den Tod des Feldmarschall-Lieutenant Grammont in Abrede. In ganz Slavonien und Kroatien tritt diese Seuche in großer Ausdehnung auf und fordert mehr Opfer als das nahe Schlachtfeld. Die Verhaftungen in Agram mehren sich; so wurden einige Kaufleute verhaftet, weil sie Kossuthnadeln den Bauern mit dem Bemerkten verkauften, Kossuth sei derjenige, dem sie die Befreiung von Robot und Zehent verdankten. — Aus Preßburg wird die dortige Ankunft des Prinzen Joinville gemeldet, welcher dem Kaiser nach Raab folgte. — Dem Vernehmen nach hat der russische Kaiser einen Preis von 40,000 Rubeln auf die Einbringung Bems gesetzt. — Aus Lemberg wird berichtet: Am 23ten v. M. gingen 200 dreispännige, mit Leder bedeckte Kibitken durch unsere Stadt. Sie waren von ungefähr 100 bewaffneten Soldaten begleitet und um jede gingen außerdem 4 Mann ohne Waffen. Hinter ihnen fuhren die Aerzte mit den Apotheken. Das Ganze bildete das Feldspital, welches der Armee nach Ungarn nachzieht. Auf den 1. Juli sind hier drei Regimenter russischer Dragoner angekommen; am 5ten und 7ten kommt noch Infan-

terie. — Dem FML. Baron Haynau wurde durch das in Wien zusammengesezte und vor einigen Tagen geschlossene Maria-Theresien-Ordenskapitel das Kommandeurkreuz dieses höchsten Militärordens, für seine entscheidende Mitwirkung zu dem ruhmvollen Siege bei Custozza im vorjährigen italienischen Feldzuge zuerkannt, und die Dekoration desselben wurde dem FML. vom Kaiser selbst um den Hals gehangen. — Der Aufenthalt des Prinzen von Joinville sammt Familie in Wien scheint von längerer Dauer werden zu wollen, da man versichert, es werde das Koburgsche Palais auf der Wasserfrontseite zum Wohnen für diese Gäste eingerichtet. Mehrere Blätter lassen sich aus Preßburg schreiben, der Prinz wolle in österreichische Dienste treten, was aber ebenso zweifelhaft ist, als das Gerücht, er wolle deutsche Auswanderer für seine amerikanischen Besitzungen gewinnen, wohin er sich zurückziehen soll. — Der Herzog von Bordeaux ist mit seiner Gemalin nach den Niederlanden gereist, um dort ein Seebad zu besuchen. — Nach der ausgesprochenen Absicht der Regierung werden die Provinziallandtage noch im Laufe dieses Jahres zusammenberufen werden. — Baron Hammer-Purgstall hat in der letzten Sitzung der Akademie der Wissenschaften angezeigt, daß er dem Kaiser das Gesuch, um seine Enthebung von der Präsidentenstelle der Akademie, übergeben habe. Fortdauernde Zerwürfnisse mit dem beständigen Sekretär, Herrn Professor Ettinghausen, haben ihn zu diesem Entschlusse gedrängt. Mit Bedauern wird die gelehrte Welt diesen Rücktritt aufnehmen. — In Lemberg sind mehrere Edelleute in Untersuchung gezogen worden, welche verdächtig sind, für die ungarischen Insurgenten Werbungen veranstaltet zu haben, darunter ein gewisser Dibrowskom gewesener Kapitän der Lemberger Nationalgarde. — Die verfloffene Woche gab es neuerdings eine Bauernaffaire in Kaszow, zwei Meilen von Krakau, wo die Landleute sich die Weideplätze des Grundherrn zueignen wollten. Zwei Kompagnien Russen machten aber dem kommunistischen Gelüste bald ein Ende. — Wie man sagt, so soll Podgorze besetzt werden (s. Krakau), wahrscheinlich die Anhöhe Krzemionki, welche von dieser Seite her die beiden Schweserstädte beherrscht. Es soll schon eine Menge Holz zu diesem Zwecke aufgeschichtet werden, und auf die nächste Woche wird eine Kompagnie Sappeurs zu diesen Arbeiten erwartet.

\* Wien, 3. Juli. [Vom ungarischen Kriegschauplatz.] Die Armeen rückte von Babolna gegen Ofen vorwärts, und man hoffte daß die Magyaren gestern Stand gehalten haben. Comorn soll von den Magyaren, da der Typhus daselbst grassirt, verlassen sein. (?) So lauten die Briefe aus Raab von gestern Abend. — Aus Lemberg wird der Abzug von 14 Bataillons russischer Grenadiere gemeldet.

[Vom südlichen Kriegschauplatz.] Nachträglich zu dem (in der gestr. Bresl. Ztg. veröffentlichten) Berichte aus dem Hauptquartier der Südbarmee theilen wir folgende Details mit: „Die Ungarn unternahmen, wahrscheinlich um zu Gunsten des bei Döbrefeld bedrängten Corps eine Diverfion zu machen, mehrere Angriffe bei Perlas, und wiederholten dieselben besonders am 26. vor Tagesanbruch mit Heftigkeit. — Unter dem Schutze der Finsterniß mochten bereits an drei Compagnien über eine schnell zusammengefügte Flußbrücke auf das diesseitige Ufer der Karas gelangt sein, und waren im Begriffe, sich auf jene Batterie zu stürzen, welche zur Sicherung des linken Theisufers, hart an der abgebrannten Perlasser Brücke angelegt ist. Da warf sich die Vorposten-Reserve der Kaiserlichen und eine Abtheilung freiwilliger Serbier mit der blanken Waffe dem vordringenden Feinde entgegen und nöthigte ihn zur Flucht, wobei in der Verwirrung der größte Theil seiner drei Compagnien in der Karas ertrank.“ (Wiener Z.)

(m) Krakau, 2. Juli. [Unverbürgte Nachrichten von einem Siege der Ungarn.] Das Siewersche Corps rückt gegen die Magyaren vor, und es sind schon heute 2 Eskadrons Ulanen in Krakau angelangt. Dies scheint also ein offener Beweis zu sein, daß die bereits nach Ungarn abgegangenen Truppenmassen nicht hinreichend sein dürften, um den Insurgenten die Stirne zu bieten. Die Oesterreicher wollen die bei Podgorze am rechten Weichselufer gelagerten Anhöhen, die sogenannten Krzemionki, welche um die alterthümliche Krakusgrabstätte (mogila Krakusa) gelagert sind, besetzen, um im Nothfalle den Uebergang über die Weichsel bei Krakau der magyarisch-polnischen Armee streitig zu machen. Die Bauern werden heut oder morgen und zwar en gros beginnen, und es ist bereits zu diesem Zwecke eine halbe Kompagnie Mineurs von Wien hier angelangt.

P. S. Eben in dem Augenblicke, nämlich Abends um 10 Uhr, erfahre ich von Augenzeugen, daß 500 Proviantwägen der russischen Armee von Neumarkt aus gegen Mysłowice, Wadowizer Kreises, in aller Hast fliehen, und daß die slovakischen Fuhrleute in Mysłowice um 2 Uhr Nachmittags angekommen mit der Nachricht, die Russen seien von den Magyaren geschlagen und diese seien schon in Galizien und Neu-



markt eingedrungen und rücken unaufhaltsam weiter vor?).

**Bregenz, im Juni.** [Eine österreichische Flotille im Bodensee.] Die von Friedrichshafen verbreitete Mystifikation in Betreff des von den Desterreichern auf der Wasserseite versuchten Einfalls in Würtemberg, welche hier theils Heiterkeit, theils Entrüstung verursachte, beruht gleichwohl auf einem Faktum, das von einem dunklen Gerücht verzerrt und ausgesponnen, zu jenem Märchen Veranlassung gegeben haben mag, die übrigens jedenfalls in Stuttgart und nicht in Friedrichshafen fabricirt worden ist. Die Regierung ist nämlich damit beschäftigt, auf dem Bodensee, nach dem Muster der Flotille am Gardasee eine kleine Flotille zu errichten, die bei kriegerischen Operationen in Süd-Deutschland von Bedeutung sein kann, da die wenigen Straßen in den Gebirgspässen leicht zu sperren sind und alsdann ein offener Wasserweg mit zugänglichen Küsten einen großen Vortheil darbietet. Schon ist ein Dampfboot angekauft worden, und noch zwei andere werden folgen; diese Dampfer, gehörig armirt, und eine Anzahl von 30 Kanonenbooten sollen die maritime Wehrkraft Desterreichs in Zukunft am Bodensee repräsentiren; die Organisation dieser Flotille ist dem Jägerhauptmann Gals übertragen worden, der allen hiesigen Bewohnern als ein kühner Schwimmer und entschlossener Schiffer zur Genüge bekannt ist. — Uebrigens kann ich Sie versichern, daß die 10,000 M., die unter dem Kommando des Fürsten Schwarzenberg in Vorarlberg zusammengezogen wurden, vor der Hand nicht die Grenze überschreiten werden, es müßte denn der Zustand in Baden auch Würtemberg und Franken ergreifen, was jedoch bei der neuesten Wendung der Dinge am Rhein nicht mehr zu befürchten sein dürfte. Die Stimmung in Vorarlberg ist zwar aufgeregt genug, allein die Ereignisse müßten sehr nahe rücken, um zu zünden. — Von den Chevauxlegers in Dornbirn, die sich die bekannten Excesse gegen ihre Offiziere erlaubten, sind zwei kriegerisch erschossen worden. Hier befehligt General Ulrichthal, ein Oheim des bekannten Fenner von Fenneberg.

### Italien.

\*\* [Sardinische Angelegenheiten.] Ueber den bereits gemeldeten Bruch in den Friedensunterhandlungen zwischen Desterreich und Sardinien sind wir heute im Stande Nachstehendes mitzutheilen. „Desterreich verlangt, daß Piemont dem Zollsystem beitrete, welches das Wiener Kabinet von einem großen Theil Süddeutschlands in Kurzem angenommen zu sehen hofft. Desterreich verlangt hiebei eigentlich nichts Anderes von Sardinien als daß es seine Industrie und seinen Handel opfere. Eine solche Verpflichtung scheint übrigens auch dem französischen Handel im Mittelmeere gefährlich zu werden, und die französische Regierung soll daher auch mehr als je entschlossen sein, Piemont gegen Desterreich zu schützen. — Ferner will Desterreich auf keinerlei Verpflichtungen betrefß der lombardisch-venetianischen Provinzen zu ertheilenden Institutionen eingehen. Bekanntlich hat der Kaiser seit dem Beginn des italienischen Krieges zu wiederholten Malen versprochen, Ober-Italien konstitutionelle Institutionen zu geben. Die sardinischen Bevollmächtigten haben die österreichischen an die offiziellen Verpflichtungen des Wiener Kabinetts erinnert und erklärt, daß dieselben in den Friedensvertrag aufgenommen werden müßten. Die österreichischen Bevollmächtigten haben diese Proposition entschieden zurückgewiesen, da sie ihrem Gouvernement in diesem Punkte volle Freiheit erhalten wollen. Diese Verweigerung ist nun eigentlich der Kapitalpunkt in den entstandenen Differenzen. Die sardinischen Bevollmächtigten wollen nicht nachgeben, und das Gouvernement hält sich zu stark beteiligt dabei, daß den angrenzenden italienischen Provinzen konstitutionelle Institutionen bewilligt werden.“

\*\* [Römische Angelegenheiten.] Die französische Regierung hat am 1. Juli Depeschen des Generals Dubinot vom 24. Juni veröffentlicht, aus denen hervorgeht, daß die Belagerungsarbeiten vor Rom unter sehr lebhaftem Widerstand der Römer fortgesetzt werden; ferner daß ein neuer Sturm stattgefunden, der den französischen Truppen mehrere neue Positionen verschafft, daß aber die Stadt am 24. noch Widerstand geleistet hat. — Außer diesen offiziellen Nachrichten haben wir auch heute wiederum nichts als Gerüchte. In Paris zirkuliren deren am 1. Juli mehrere. Man behauptete, daß die Regierung nicht alle ihr zugegangenen Depeschen veröffentlicht habe, und es waren bereits Nachrichten vom 25. und 26. da, jedoch wenig befriedigende. — Zuverlässiger scheint die Nachricht, daß die Meldung von dem misslungenen Pariser Aufstande am 13., in Rom nicht die Wirkung hervorgebracht hat, die erwartet ward, und daß die Stadt ihren Entschluß, energischen Widerstand zu leisten, nicht aufgegeben hat. — Immer mehr treten die diplomatischen Schwierigkeiten hervor, welche nach der Einnahme von Rom unmöglich ausbleiben können. Die französische

Regierung soll bei dem Papste dringende Vorstellungen auf Erlass einer Amnestie gemacht haben, eine Maßregel, die der Papst schon längst versprochen haben soll, die aber von mehreren Rathgebern immer noch hingehalten wird. Auch scheint sich die französische Regierung dem Einschreiten der spanischen Expedition in die römischen Staaten formell widersetzt zu haben. Andererseits hat Desterreich indeß die absolute päpstliche Gewalt in Ancona, Bologna und mehreren anderen Theilen der Staaten wieder hergestellt. Man fragt sich nun mit Recht, wie Frankreich neben dieser in den Provinzen restaurirten absoluten Gewalt, eine konstitutionelle Regierung in Rom wird einrichten können.

### Frankreich.

+ Paris, 1. Juli. [Tageschronik.] Die bevorstehenden Ergänzungswahlen fangen an alles Interesse in Anspruch zu nehmen. Weder die „Union electorale“, noch die demokratisch-socialistische Partei scheint sich über die Kandidatenliste einigen zu können. — Die Bergpartei ist sowohl in als außerhalb der Kammer bedeutend zusammengeschmolzen; in der Kammer fehlen ihr 34 Mitglieder und zwar die Elite. Andererseits beginnt man die extreme Partei der Rechten mit einem Worte zu bezeichnen, das eine furchtbare Wirkung hervorbringt; man nennt sie „royalistisch“, was aber weder „legitimistisch“, noch „orleanistisch“ heißen soll, sondern gleichbedeutend mit 1815 ist. „Royalistisch“ heißt für die Restauration durch die Fremden, für das Pfaffenhum, mit einem Worte, für den „weißen Terrorismus“ sein. Diese Anklage des Royalismus erscheint so furchtbar, daß es in der That das Einzige ist, was die Majorität nicht ohne Schrecken hinnimmt, und die Kräfte, die hiermit für beide extreme Parteien eintritt, wird ohne Zweifel der gemäßigten republikanischen Partei Vortheil bringen. — Der „Monteur“ meldet heute, daß eine Division der Alpenarmee nach dem Elsaß dirigirt wird, um dort Kantonnirungen zu beziehen. — Guizot wird im Laufe dieses Monats nach Frankreich zurückkehren und sich nach Val-Richer begeben.

### Großbritannien.

London, 30. Juni. In der gestrigen Sitzung des Unterhauses stellte Herr Sanders die Anfrage, wie es zugehe, daß das dänische Blokade-Geschwader drei spanischen Schiffen mit Ladung gestattet habe, die Elbe zu verlasten, während englische Schiffe daran verhindert würden? Ob von unserem Gesandten in Kopenhagen darüber keine Auskunft eingegangen? Lord Palmerston erwiderte, er habe noch nicht Zeit gefunden, die ihm so eben aus Kopenhagen zugegangenen Depeschen zu lesen. In Beziehung auf die Differenz mit Spanien ertheilte er eine ähnliche Antwort, wie früher Marquis von Lansdowne im Oberhause. Die übrigen Verhandlungen beider Häuser waren von keinem Interesse für das Ausland. — Die Herzogin von Orleans ist vorgestern mit dem Grafen von Paris auf dem Dampfschiffe Giraffe von Rotterdam hier angekommen. In ihrer Begleitung war der Herzog von Nemours.

## Lokales und Provinzielles.

§ Breslau, 4. Juli. [Katholischer Central-Verein.] Die gestrige Sitzung wurde von dem Vorsitzenden, Professor Giesler, mit einer kurzen Betrachtung über das neu erschienene Vereinsgesetz eröffnet. Hierauf verlas derselbe ein Ministerialreskript, wonach es den Schülern der Gymnasien nur verboten ist, politische Versammlungen zu besuchen. Mehrere Redner sprachen ihre Verwunderung darüber aus, daß der Direktor des katholischen Gymnasiums dieses Verbot bisher auch auf den katholischen Central-Verein angewendet habe. Kuratus Welz erstattet Bericht über die Bestrebungen des Vorstandes, die ihm obliegenden Zwecke der Wohlthätigkeit zu realisiren. Am 4. Dezember wurde auf dem Hinterdom eine Kleinkinder-Bewahranstalt errichtet; die Anzahl der Zöglinge ist von 62 bis auf 110 gestiegen. Ein zweites Institut dieser Art wurde am 15. April auf der Nikolai-Vorstadt mit 70 Zöglingen eröffnet; dasselbe faßt gegenwärtig bereits 90 Kinder. Auch die Kinder der Protestanten finden daselbst Aufnahme. Um aber den Vorwurf der Proselytenmacherei abzuwälzen, werden die Eltern vorher davon in Kenntniß gesetzt, daß die Erziehung der Pfleglinge in streng katholischen Sinne geleitet werde. Eine Sonntagsschule für Handwerker, so wie mehrere Christenlehrenschulen für Eheleute, wurden durch die Bemühungen des Vorstandes, in Verbindung mit 100 Mitgliedern, welche sich zu fünf Vincenz-Paulvereinen konstituirten, in's Leben gerufen. Während der Cholera erhielten die dürftigen Kranken, so weit die Mittel ausreichten, Unterstützungen jeder Art. Endlich ist für die nächste Zukunft auch eine Volksbibliothek in Aussicht gestellt. Nachdem noch Erzpriester Thiel und Kanonikus Walzer einige Mittheilungen über diesen Gegenstand gemacht hatten, gab Sekretär Nabbpl einen Jahresbericht über Ein-

nahme und Ausgaben des Vereins. Erstere betrug etwas über 667, letztere ungefähr 600 Thaler. Hierauf hielt Regierungsrath Bartel einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag, welcher sich an die Mittheilung knüpfte, daß am vergangenen Sonntag 43 junge Geistliche von dem hiesigen Fürstbischhof die Weihe empfingen. In Bezug auf die bevorstehenden Wahlen zur zweiten Kammer erinnerte der Vorsteher daran, daß von den Mitgliedern dieses Vereins keiner seine Stimme zurückhalten dürfe. Kanonikus Walzer fügt noch hinzu, daß nur in christlichem Sinne gewählt werden müsse; daher möge man nur Männern die Stimme geben, welche noch etwas auf die Religion halten und die Schule der Kirche nicht entziehen wollen. — Seminarvikar Pauke zeigt an, daß die durch Stimmzettel vorgenommene Wahl des Vorstandes von Neuem auf die bisherigen Mitglieder desselben gefallen ist. Anfang der Sitzung 8 Uhr, Ende 10 Uhr.

Breslau, 4. Juli. (Nachtrag zum Wollbericht vom 3. Juli.) Im Laufe des gestrigen Tages traf derselbe Käufer hier ein, welcher auch im vorigen Jahre unmittelbar nach den Märkten bedeutende Einkäufe auf unserm Plage gemacht hatte und nahm derselbe, bei einem ganz kurzen Aufenthalt mehrere Hundert Centner schlesische und posensche Wollen aus dem Markte. Außer ihm war noch ein niederländischer Großhändler thätig und zahlten sie für geringere Ein- und Zweischuren hoch in den Sechzigern, für feinere Stämme hoch in den Siebziger und für Lammwolle achtzig Thaler und darüber.

Bregenz, den 1. Juli. [Wahlangelegenheit von Merckel.] Mehrere frühere Abgeordnete zur Berliner National-Versammlung und zur aufgelösten zweiten Kammer, die dort die demokratische und demokratisch-konstitutionelle Partei vertreten haben, ebenso Mitglieder mehrerer Volksvereine Schlesiens und Männer gleicher Richtung hatten sich heut aus verschiedenen Gegenden Schlesiens hier im Gasthose zum „Deutschen Kaiser“ zusammengefunden, um sich gemeinsam über ihr Verhalten bei der bevorstehenden Wahl zur zweiten Kammer zu berathen. Unter den Gegenwärtigen befanden sich die Abgeordneten Stein, Pflücker, Elsner (letzterer für Hirschberg) und Stahlschmidt aus Breslau, der frühere Abg. v. Kirchmann aus Ratibor, der frühere Abg. Heitemeier aus Glogau, und Willenberg aus Gr. Wandau, ferner Bittschke aus Bunzlau, Dyrenfurth aus Hermsdorf bei Hainau, Langner aus Neumarkt, Samekly sen. und jun. aus Jauer, Siebert aus Parchwitz, Harttrampf und Bittschke aus Nicolstadt, Seidel aus Dittersbach bei Lüben, Kahl, Schäche, Jungfer, Klem, Kreckler, Elsner, Brendel, Engewald, Hildebrand, Klammer, Kirchner, Wosmann, Köhl, Geisler, Wüstlich, Matthäi, Becker aus Liegnitz. Viele andere hatten unter Versicherung ihrer event. Beitrittserklärung ihr Nichterscheinen entschuldigt. Die Verhandlung begann mit einem Bericht über die Stimmung der Bevölkerung in den einzelnen Gegenden Schlesiens in Bezug auf die bevorstehende Wahl. Demnächst wurde die Hauptfrage zur Erörterung gebracht, ob gewählt werden solle oder nicht. Nach einer ausführlichen und gründlichen Debatte vereinigte sich hierüber die Versammlung einstimmig zu folgenden zwei Beschlüssen: 1) daß sowohl das Recht, als auch das Wohl des Volkes es erfordere, nicht zu wählen, 2) daß die Nichtbetheiligung an der Wahl nach den bestehenden Gesetzen mit keinem Nachtheil verbunden sei, noch von der Behörde verbunden werden könne. — Heute ist eine Deputation, bestehend aus drei Magistratsmitgliedern und aus 3 Stadtverordneten nach Ober-Thomaswalbau gereist, mit dem Auftrage, Herrn v. Merckel den Ehrenbürgerbrief zu überbringen. (Silesia.)

§ Gr.-Glogau, 3. Juli. [Leichenbegängniß. Vernehmung der Stadtverordneten.] Heut früh um 8 Uhr bewegte sich unter dem Geläute der Glocken erst und still ein Trauerzug durch die Straßen der Stadt, um die Ueberreste des am 1. Juli in der sechsten Morgenstunde an der Cholera und der nachträglich hinzugetretenen Unterleibsleiden verstorbenen Sanitätsrath Dr. Bail, zur letzten Ruhestätte auf den evangelischen Friedhof zu geleiten. Hinter dem Leichenwagen, auf welchem der mit einem einfachen Kranze von Eichenlaub geschmückte Sarg des Vollenstedten ruhte, gingen unmittelbar die Waisen des hiesigen Friedrich-Wilhelms-Instituts, denen er vorzugsweise ein liebender Vater war. Hierauf folgte die Geistlichkeit der evangelischen und reformirten Gemeinde, die Leidtragenden, der Magistrat und das Stadtverordnetenkollegium, sowie die Aerzte der hiesigen Stadt nebst mehreren Freunden des Verstorbenen. Auf dem Friedhofe angelangt, auf welchem sich eine zahlreiche Versammlung eingefunden hatte, hielt der hiesige Superintendent Dr. Köhler die Leichenrede, in welcher er die hohen Verdienste des Verstorbenen, welche sich der

\*) Wir geben diese Mittheilung unseres Correspondenten, ohne uns für deren Wahrheit verbürgen zu wollen.  
Red.



Entschlafene nicht nur um den Staat, sondern auch um die Stadt und deren Kommunal-Anstalten, sowie um die Armen hier selbst, welche ihm manche stille Thräne nachweinen, im hohen Grade erworben hat, nachwies. Der Verstorbene gehörte zu den intelligentesten Männern der hiesigen Stadt, und wußte, ohne Ruhmsucht, manche Thräne zu trocken. Darum trauern auch Tausende um ihn und geleiteten ihn auf seinem letzten Gange, segnend die Thaten, welche der zu früh Vollendete seiner Vaterstadt spendete, um das Gedeihen und die Wohlfahrt derselben zu fördern. — Nachträglich erlaube ich mir zu bemerken, daß das gerichtliche Vernehmen der hiesigen Stadtverordneten nicht auf dem Beschluß, den die Versammlung in Bezug auf die deutsche Verfassungsfrage faßte, beruht, sich vielmehr auf den Beschluß der Steuerverweigerung gründet. Vorzüglich sucht man die Antragsteller zu ermitteln, welche der National-Versammlung den Vorschlag machen wollten, ihre Berathungen unter dem Schutze des französischen Gesandten in Berlin fortzusetzen.

**Natibor, 2. Juli.** In obereschlesischen Blättern wird sehr über die Vernachlässigung des hiesigen Militär-Lazareths geklagt.

### Mannigfaltiges.

— \* Ueber die oft besprochenen Versuche, Venedig aus Luftballons zu bombardiren, erfährt man nun folgendes: Am 23. v. M. wurden bei einer sanften Nordbrise mehre Ballone in die Höhe gelassen; anfänglich ging es gut und sie näherten sich dem Zenith Venedigs. Aber in den oberen Luftschichten herrschten Seewinde, die Luftschiffe schwankten rathlos hin und

her und endlich fielen die Bomben wirkungslos ins Meer. Die Ballone selbst sind aus wasserdichtem Stoffe erzeugt und tragen als Ballast einen hölzernen Keis, in welchem eine 30pf. Bombe ruht. Diese Bombe wird nun nach einem zu bestimmenden Zeitraume mittelst Raketenriehs aus dem Keis hinausgeschlagen und fällt dann, nachdem sich ihre Brandröhre entzündet hat, vertikal zu Boden. Die Menge des Triebfases, wie auch die Länge der Brandröhre ergeben sich aus trigonometrischen Berechnungen.

— (Berlin.) Der Treubund hat den Sohn eines hiesigen Zimmergesellen auf seine Kosten taufen lassen. Dem Kinde sind die Taufnamen Friedrich Wilhelm Treubund beigelegt worden. C. B.

— Unter dem endlosen Jubel einer unzählbaren Zuhörerenge gab der Musikdirektor Josef Gungl nach seiner Rückkehr aus Amerika gestern Abend sein erstes Konzert im Sommerschen Lokale. Die Räume waren so überfüllt, daß viele Anwesende nicht einmal mehr Platz zum Stehen finden konnten. Man bemerkte ein so elegantes Publikum, wie seit der Märzrevolution vielleicht noch an keinem öffentlichen Orte, besonders viel Offiziere. A. Z. C.

— Die Verdienste unseres gelehrten Mitbürgers Jakob Grimm um die Erforschung der germanischen Sprach- und Rechts-Altenthümer finden auch außer Deutschland die gebührende Anerkennung. Als Beweis hierfür mag die kürzlich erfolgte Ernennung des genannten Gelehrten zum auswärtigen Mitgliede der Londoner Gesellschaft für Altenthümer (society of antiquaries) dienen. C. B.

— (Philippsburg.) Am 14. Juni befand sich hier ein Theil der deutsch-polnischen Legion — ein Ge-

misch von Leuten aus allen Nationen. Das Gewehr eines Soldaten entlud sich in Gegenwart mehrerer Anderen — vermuthlich aus Fahrlässigkeit — und zerschmetterte dem Legionair Adam Traut von Bockenheim die Hirnschale. Der Getödtete ist einer der wegen Ermordung der Reichstagsabgeordneten Lichnowski und Auerswald in mehreren Blättern Ausgeschriebenen, wahrscheinlich der erste, welchen die Nemesis erteilt hat. (Karlsr. 3.)

— (Heute mir, morgen dir!) Der Wechsel der Verhältnisse in revolutionären Zeiten hat auch manche komische Seite. Vor einem Jahre empfingen alle Präfekten folgende Depesche: „Ergreifen Sie jedes Mittel, um den Bürger Ludwig Napoleon Bonaparte zu verhaften, wenn er sich in Ihrem Departement blicken läßt. Sez. Ledru-Rollin, Minister des Innern.“ Jetzt ist dieser Bürger „Ludwig Napoleon Bonaparte“ Oberhaupt der Republik und sein Minister Dufaure erläßt an sämtliche Präfekten folgende Depesche: „Ergreifen Sie alle Mittel, um den Bürger Ledru-Rollin zu verhaften, wenn er sich in Ihrem Departement blicken läßt.“ (Konst. 3.)

Von gestern Mittag bis heute Mittag sind an der Cholera 12 Personen als erkrankt, 11 als gestorben und 6 Personen als genesen, amtlich gemeldet worden.

Hierunter sind an Militär-Personen erkrankt 1, genesen oder gestorben Keiner.

Breslau, den 4. Juli 1849.

Königliches Polizei-Präsidium.

**Theater-Nachricht.**  
Donnerstag. Gastspiel des Königl. Hof-Opernsängers Hrn. Pfister aus Berlin. „Don Juan.“ Romantische Oper mit Tanz in 2 Akten, Musik von Mozart. — Don Ottavio, Herr Pfister. (Für heute: Einlaß 6 1/2 Uhr. Anfang 7 1/2 Uhr.)  
Freitag. Zweites Gastspiel von Herrn Philipp Grobecker, Mitglied des Königsstädter Theaters zu Berlin. „Der Vater der Debitantin.“ Pöffe in 4 Akten, nach Bayard von Herrmann. Hierauf: „Köck und Juste.“ Vaudeville-Pöffe in einem Aufzuge, frei nach dem Französischen von W. Friedrich. Windmüller und Köck, Herr Philipp Grobecker.

**Verlobungs-Anzeige.**  
Die heute vollzogene Verlobung unserer Tochter Ernestine mit dem Kaufmann Hrn. Louis Sachs aus Glatz, beehren wir uns Freunden und Bekannten, anstatt jeder besonderen Meldung, hiermit ergebenst anzuzeigen. Falkenberg, den 3. Juli 1849.  
H. Cohn und Frau.

Als Verlobte empfehlen sich:  
Ernestine Cohn.  
Louis Sachs.

Henriette Kayser,  
Heymann Grabower,  
Verlobte.  
Milošlaw. Ostrowo.

Als Neuvermählte empfehlen sich  
Charl. Fränkel, geb. Bloch, a. Wartenberg,  
Moriz Fränkel, Lehrer in Festenberg.

**Ehelich Verbundene:**  
Wilhelm Bratze,  
Karoline Bratze,  
verw. gew. Grocholl, geb. Wolff.  
Breslau, den 4. Juli 1849.

**Entbindungs-Anzeige.**  
Gestern Mittag 1 Uhr wurde meine liebe Frau Auguste, geb. Schleisinger, von einem munteren Mädchen, zwar sehr schwer, jedoch glücklich entbunden, welches ich Verwandten und Freunden hiermit anzeigt.  
Ostrowo, den 4. Juli 1849.  
Mannheim Cohn.

**Entbindungs-Anzeige.**  
Die gestern erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau Amalie, geb. Zochim, von einem Mädchen, zeigt, statt besonderer Meldung, ergebenst an:  
Adolph Scherbel.  
Breslau, den 4. Juli 1849.

**Entbindungs-Anzeige.**  
Die heute Morgen erfolgte glückliche Entbindung seiner lieben Frau Marie, geborene Paul, von einem munteren Knaben, beehrt sich Verwandten und Freunden ergebenst anzuzeigen:  
Martini.  
Schredendorferhütte, den 3. Juli 1849.

**Todes-Anzeige.**  
Sie ist nicht mehr! die gute, treue, liebevolle Tochter, Mutter und Schwester, die verw. Frau Bertha von der Lippe, geb. Reichhelm. Die Cholera setzte ihrem, uns so theuern, aber für sie so hart geprüften Leben am 2. d. M. Abends 10 Uhr ein Ziel. Ruhe der frommen Dubesin! Diese Anzeige denen gewidmet, die Theil nehmen an dem tiefen Schmerz.  
Breslau, den 4. Juli 1849.  
Die Hinterbliebenen.

**Todes-Anzeige.**  
(Statt besonderer Meldung.)  
Heute früh 7 Uhr starb an Altersschwäche nach mehrwöchentlichen Leiden unser geliebter Vater und Schwiegervater, der Partikulier Joseph Wilmsen, in dem Alter von 68 1/2 Jahren. Wir widmen diese traurige Nachricht seinen zahlreichen Freunden und Bekannten, und bitten um stille Theilnahme.  
Breslau, den 4. Juli 1849.  
Auguste Welfner, geb. Wilmsen.  
Ludwig Welfner.

**Todes-Anzeige.**  
Im tiefsten Schmerz zeige ich hierdurch allen Verwandten und Bekannten, statt jeder besonderen Meldung, den heute Morgen halb 5 Uhr in Folge eines heftigen Nervenfiebers nach unsäglichen Leiden erfolgten sanften Tod unseres innig geliebten ältesten Sohnes Stany, unter der Bitte, um stille Theilnahme, ergebenst an.  
Gimmel bei Binzig, den 3. Juli 1849.  
v. Rickisch-Roseneck und Frau.

**Todes-Anzeige.**  
Nach neuntägigem schweren Leiden verschied heute früh 1/5 Uhr am Pyphus mein geliebtes Weib Franziska, geb. Schrom, im kaum vollendeten 46. Lebensjahre. Aufs Außerste betrübt, zeige ich diesen unersehlichen Verlust, mit der Bitte um stille Theilnahme, allen auswärtigen Freunden ergebenst an.  
Breslau, den 4. Juli 1849.  
Wache, Kalkulator.

**Künftigen Sonntag, den 8. Juli, Abends, ist die Breslauer Kunst-Ausstellung zu Ende.** Bis dahin ist sie wie bisher täglich von früh 9 Uhr bis Abends 6 Uhr geöffnet. Eintrittspreis 5 Sgr.

Ich wohne jetzt **Friedrich-Wilhelmsstraße Nr. 74**, in der Apotheke, erste Etage. **Dr. Eliason.**

Ich wohne jetzt **Albrechtsstraße 38**, 3 Treppen. **Dr. phil. Mor. Levy.**

**Bemerkenswerth.**  
In hiesiger Gemeinde wurden 7 Personen von starkem Erbrechen und Durchfällen, verbunden mit den heftigsten Unterleibs-Krämpfen, mit krampfhaften Zusammenziehungen der Arme und Beine, mit Eiskälte der Haut, mit tiefer Einatmenheit des Gesichts, mit bläulicher Farbe der Nägel und mit nicht zu stillendem Durste befallen. — Durch die mir vom Herrn Dr. Andermann zu Auras gegebenen Pulver sind sämtliche Erkrankte gerettet worden.  
Klein-Bresla, Kr. Neumarkt, d. 28. Juni 1849.  
Lessing, Wirthschafts-Inspektor.

Die Wahrheit des Vorstehenden bescheinigen die von dieser Krankheit befallenen Gewesenen: **Ernst Thater, Ober-Brenner, Henriette Thater, Rosine Jevra, Hiller's Tochter, Gottlieb Rose, Dorothea Baumgart, Zuzanna Großer.**

Ein ordnungsliebender solider Handlungsgemis, tüchtiger Detaillist, der gute Empfehlungen nachweisen kann, findet unter annehmbareren Bedingungen ein baldiges Engagement. Respektanten wollen ihre Meldungen unter G. H. R. poste restante Breslau, franco, abgeben.

Bei **G. P. Aderholz** in Breslau ist so eben erschienen:  
**Ergänzungen und Erläuterungen der preussischen Rechtsbücher.**  
Dritte Ausgabe. 18te und 19te Lieferung.

Schluss des Werkes.  
Das chronologische Register und Sach-Repertorium ist im Druck und wird in wenigen Wochen erscheinen. Das Ganze in 10 Bänden. Preis 30 Rthl., enthält: 1-5r Band **Pandrecht**, 6r Bd. **Kriminalrecht**, 7r und 8r Bd. **Serichts-Ordnung**, 9r. Bd. **Hypotheken- und Deposital-Ordnung**, 10r Band chronologisches Register und Sach-Repertorium.

So eben ist erschienen und in den Kunst- und Buchhandlungen von Busch, Karisch, Schmeidler und Trewendt vorrätig: Das wohlgetroffene

**Portrait des Herrn Dr. Lobethal.**  
auf chinesischem Papier. Preis 22 1/2 Sgr.

**Öffentliche Vorladung.**  
Die verehelichte Tuchmachergesell Griesner, Rosalie Amalie Auguste geb. Schneider hieselbst hat bei uns unterm 15. Mai d. J. wider deren Gemann, den Tuchmachergesellen Johann Griesner, wegen Ehescheidung auf Grund bösslicher Verlassung geklagt und ist zur Beantwortung dieser Klage ein Termin auf den

**7. September d. J.**, früh 10 Uhr, vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmidt in unserm Parteienzimmer anberaumt worden. Der seinem Aufenthalt nach unbekanntem Tuchmachergesell Johann Griesner wird daher zu diesem Termine mit der Auflage vorgeladen, entweder in demselben die Beantwortung der Klage zum Protokoll zu geben, oder vor, spätestens im Termine die von einem Rechtsanwält abgefasste schriftliche Klagebeantwortung einzureichen. Sollte der r. Griesner dieser Auflage nicht genügen, so wird angenommen werden, daß er diejenigen Thatfachen bestreitet, welche zum Beweise des Grundes der Scheidung von seiner Ehefrau angeführt worden sind.  
Breslau, den 20. Mai 1849.  
Königliches Stadtgericht. II. Abtheilung.

**Subhastations-Bekanntmachung.**  
Zum gerichtlichen Verkauf des hier Nr. 14, Laurentiusplatz, Nr. 4. kleine Scheitnigerstraße belegenen, der Barbara Christiane Henriette verehelichte Hutmacher Erb's geb. Semmler gehörigen auf 3426 Thlr. 29 Sgr. 1 Pf. geschätzten Grundstücks, haben wir einen Termin auf den

**7. September 1849 Vorm. 10 Uhr** vor dem Herrn Stadtgerichtsrath Schmidt in unserm Parteienzimmer anberaumt.

Taxe und Hypothekenschein können in der Subhastations-Registratur eingesehen werden. Zu diesem Termine wird der Domst. Vicarius Joseph Auserlechner hierdurch vorgeladen.  
Breslau, den 7. Mai 1849.  
Königliches Stadt-Gericht. II. Abtheilung.

**Nothwendiger Verkauf.**  
Die dem Erbholz Joseph Regel gehörige Erbsholtz No. 44, und die Bestigung Nr. 72 zu Klein-Kreidel, zusammen auf 34,630 Rthl. 13 Sgr. 4 Pf. gerichtlich abgeschätzt, soll den 5. Oktober c. Vormittags 10 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle zu Wohlau subhastirt werden. Taxe, Hypothekenschein und Bedingungen sind in der Registratur einzusehen.  
Wohlau, den 17. März 1849.  
Königl. Land- und Stadt-Gericht.

**Bekanntmachung.**  
Zum Bau des Kinderhospitals zum heiligen Grabe, Gartenstraße Nr. 11, sollen 400,000 Stück gut gebrannte Mauerziegel und 5000 Kubikfuß gelöschter Kalk im Wege des Mindestgebots angeliefert werden. Termin dazu wird mit dem Bemerken auf Montag den 9ten d. M., Nachmittags 4 Uhr, im rathhäuslichen Fürstensaale anberaumt, daß die Bedingungen in der Dienerschaft des Rathhauses ausgelegt sind.  
Breslau, den 1. Juli 1849.  
Die Bau-Deputation.

**Bekanntmachung.**  
Zur Verbingung der Lieferung der Victualien zur warmen Kost für die städtischen Strafanstalten für die Zeit vom 1. August d. J. bis ult. Dezember d. J. ist Termin auf den **9. Juli d. J.** Nachmittags 5 Uhr auf dem rathhäuslichen Fürstensaale anberaumt.

Die Lieferungs-Bedingungen sind in der Rathsbienerschaft ausgehängt und daselbst in den Amtsstunden einzusehen.

Der ungefähre Bedarf beträgt für 5 Monat:

Kind- oder Ralbfleisch	3500 Pfund.
Kindsfett	300 —
Bier zu Bieruppen	1200 Quart.
Salz	2200 Pfund.
Brod zu Suppen	2900 —
Brod auf die Hand	9600 —
Semmel	30 Rthl.
Weizenmehl, 1ste Sorte	5900 Pfund.
Frische Butter	2100 —
Kartoffeln	85 Schfl.
Reis	2100 Pfund.
Gebrochene Graupe	1700 —
Perl-Graupe	500 —
Hirse	2200 —

Breslau, den 28. Juni 1849.  
Die Straf-Anstalten-Deputation.

Allen meinen hiesigen und auswärtigen Kunden zeige ich hiermit ergebenst an, daß mein lieber Mann Johann Springer, Sieb- und Drahtwaaren-Fabrikant hieselbst, Graben Nr. 22 wohnhaft, am 30. Juli, 48 Jahre alt, nach kurzen Leiden in ein besseres Jenseits gegangen ist. Da ich das von ihm innegehabte Geschäft in derselben Weise fortführe, so bitte ich, das meinem Manne geschenkte Vertrauen auch auf mich zu übertragen. Durch prompte und reelle Bedienung will ich mir jederseit die Zufriedenheit meiner geehrten Kunden zu erwerben suchen.  
Breslau, den 4. Juli 1849.  
Edwig, verwittw. Springer.



Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

In Gemäßheit der §§ 29 und 31 der Gesellschafts-Statuten hat heute die Ausloosung von 517 Stück Stamm-Aktien der Gesellschaft stattgefunden, und sind dabei die unten verzeichneten Nummern gezogen worden.

Zugleich wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 33 der Gesellschafts-Statuten die Direktion berechtigt ist, das öffentliche Aufgebot der Aktien nebst Coupons und Dividendenscheinen zu veranlassen.

Verzeichnisse der ausgelooften Stamm-Aktien sind bei der Haupt-Kasse, so wie bei der Stations-Kasse in Breslau unentgeltlich zu haben.

Die Direktion

der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Verzeichniß

der am 2. Juli 1849 ausgelooften 517 Stück Stamm-Aktien.

- Nr. 129, 240, 1032, 1117, 1288, 1303, 1566, 1879, 1890, 2294, 2320, 2391, 2451, 2643, 2689, 3139, 3327, 3342, 3415, 3694, 3878, 3909, 4377, 4476, 5007, 5701, 5907, 6372, 6420, 6583, 6824, 6876, 7000, 7196, 7257, 7349, 7420, 7423, 7535, 7678, 7762, 7818, 7862, 7908, 7952, 8133, 8161, 8210, 8707, 8883, 9285, 9336, 9368, 9416, 9497, 9826, 9906, 10184, 10364, 10706, 10798, 11134, 11194, 11195, 11210, 11228, 11599, 11615, 11668, 11715, 11869, 12010, 12092, 12100, 12238, 12436, 12444, 12550, 12565, 12785, 12928, 13388, 13539, 13675, 13687, 13754, 13762, 14018, 14269, 14303, 14311, 14363, 14623, 14891, 15190, 15209, 15251, 15425, 15599, 15682, 15687, 15804, 16300, 16393, 16724, 17263, 17297, 17344, 17411, 17412, 17566, 18470, 18689, 19001, 19029, 19311, 19420, 19431, 19738, 19759, 20271, 20678, 20728, 20771, 20928, 20977, 21433, 21562, 21712, 22213, 22216, 22259, 22595, 22635, 22848, 22918, 23168, 23372, 23388, 23438, 23540, 23705, 23863, 23921, 23959, 24303, 24505, 24535, 24943, 24988, 25066, 25091, 25156, 25497, 25701, 25845, 26146, 26608, 26667, 26790, 26847, 26858, 27202, 27395, 27468, 27471, 27591, 27638, 27799, 27992, 28102, 28162, 28164, 28291, 28408, 28415, 28430, 29025, 29032, 29075, 29172, 39238, 29242, 29415, 29419, 29601, 29989, 30131, 30562, 30616, 31027, 31068, 31294, 31337, 31564, 31665, 31757, 31908, 31919, 32033, 32419, 32631, 32714, 32722, 32 54, 32849, 33479, 33542, 33551, 34027, 34146, 34468, 34573, 34746, 34769, 34851, 34951, 34981, 35284, 35420, 35482, 35500, 35697, 35710, 35854, 35946, 35952, 36490, 36697, 36905, 37387, 37461, 37656, 37709, 37762, 37888, 38033, 38266, 38330, 38340, 38426, 38442, 38677, 39129, 39314, 39877, 40059, 40100, 40111, 40525, 40550, 40758, 40900, 41087, 41134, 41200, 41323, 41493, 41496, 41576, 41678, 41706, 41755, 41879, 41896, 41997, 42087, 42090, 42251, 42389, 42504, 42689, 42928, 43035, 43094, 43282, 43628, 43725, 43744, 43882, 44302, 44352, 44786, 45063, 45189, 45195, 45252, 45493, 45502, 45505, 45628, 45644, 45662, 45765, 45827, 45883, 46114, 46438, 46497, 46529, 46860, 46984, 47056, 47270, 47427, 47686, 47859, 47973, 48208, 48258, 48382, 48387, 48639, 48869, 48936, 48997, 49378, 49498, 49535, 49692, 49766, 49950, 50199, 50203, 50333, 50341, 50647, 50690, 50776, 50812, 51066, 51141, 51160, 51827, 51917, 51969, 52052, 52088, 52319, 52704, 52745, 53368, 53557, 53973, 54202, 54548, 55104, 55151, 55361, 55547, 55550, 55635, 55906, 55925, 56128, 56158, 56199, 56274, 56611, 56645, 57014, 57056, 57069, 57185, 57275, 57585, 57735, 57812, 58215, 58337, 58580, 58615, 58808, 59104, 59108, 59244, 59555, 59622, 59748, 59792, 59913, 59982, 60060, 60381, 60761, 60806, 60819, 60830, 61098, 61117, 61127, 61158, 61239, 61411, 61756, 61838, 61878, 61961, 62532, 62609, 62654, 62756, 63026, 63170, 63202, 63227, 63716, 63809, 63833, 63948, 64165, 64529, 65033, 65154, 65528, 65679, 65763, 65900, 65929, 65993, 66102, 66284, 66303, 66789, 66811, 67771, 67895, 68286, 68363, 68699, 68736, 68741, 68794, 68932, 68941, 68984, 69098, 69217, 70126, 70263, 70395, 70457, 70491, 70566, 70598, 70675, 71021, 71123, 71347, 71506, 71912, 72250, 72274, 72657, 72668, 72688, 72895, 72904, 72974, 73226, 73292, 73520, 74405, 74462, 74560, 74627, 75159, 75286, 75480, 75510, 75713, 75807, 76187, 76233, 76724, 76951, 77049, 77119, 77334, 77518, 77565, 77794, 77949, 78241, 78502, 78898, 78916, 79107, 79580, 79796, 79833, 79902, 79922, 80099, 80130, 80362, 80568, 80748, 80785, 81012, 81024, 81097, 81501, 81893, 82251, 82324, 82456, 82558, 82792, 82818, 83172, 83902, 84089, 84103, 84218, 84931, 85126.

Beachtenswerth!

Wie und wo man für 8 Thlr. preuß. in Besitz einer baaren Summe von ungefähr Zweihunderttausend Thalern gelangen kann, darüber ertheilt das unterzeichnete Kommissions-Büreau unentgeltlich nähere Auskunft.

Kommissions-Büreau, Petri-Kirchhof Nr. 308 in Lübeck.

Von den berühmten Frankfurter Steingut-Waaren aus der Fabrik der Herren Paetsch und Hünke, habe ich vom heutigen Tage ab eine große Niederlage für die Provinz Schlessien errichtet.

Auf Obiges bezugnehmend, empfehle ich gleichzeitig mein seit einer langen Reihe von Jahren hierorts bestehendes Porzellan-, Steingut- u. Glas-Waaren-Lager, mit der Versicherung der billigsten und promptesten Bedienung.

Niederschlesisch-Märkische Eisenbahn.

Bei der heute stattgefundenen diesjährigen Ausloosung fünfprozentiger Prioritäts-Obligationen der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft Ser. I. zu 100 Rthl. und Ser. II. zu 50 Rthl. sind die in dem nachstehenden Verzeichnisse enthaltenen Nummern gezogen worden.

Zugleich werden die Inhaber folgender im Jahre 1848 ausgelooften und noch nicht zurückgelieferter Prioritäts-Obligationen I. und II. Ser., nämlich:

Serie I. Nr. 559, 640, 752, 896, 1574, 1585, 2277, 4451, 4503, 4523, 6069, 8640, 8814, 9362, 9860, 10747, 10973, 11581, 11905, 12318, 12451, 12714, 13303, 15737 und 16762 à 100 Rthl.

Serie II. Nr. 1116, 1314, 2433, 2943, 3686, 3965, 4099, 4633, 4926, 5042, 6753, 7892, 8051, 8713, 8766, 8771, 8887, 10808, 10992, 11298, 13147, 14146, 14285, 14467, 15382, 15478, 15596, 15769, 15803, 16801, 17258, 17602, 19199, 19200, 19556, 19646, 20986, 21525, 23865, 24901, 25196, 25204, 25258, 25976, 26642, 27597, 28209, 28820, 28945, 29 69, 30168, 30272, 30452, 30490, 31513, 31786, 31956, 32421, 32725, 33150, 33317, 34013, 34153, 34162, 34173 und 34604 à 50 Rthl.,

an die Abhebung der Kapitalbeträge mit dem Bemerken erinnert, daß die Verzinsung derselben mit Ende 1848 aufgehört hat.

Die Direktion

der Niederschlesisch-Märkischen Eisenbahn-Gesellschaft.

Verzeichniß

der am 2. Juli 1849 ausgelooften Prioritäts-Obligationen.

Serie I. 92 Stück à 100 Rthl.

- Nr. 201, 466, 484, 740, 770, 805, 889, 1027, 1033, 1034, 1361, 1486, 1756, 1889, 2135, 2263, 2416, 2463, 2658, 2850, 3591, 3687, 3770, 4279, 4478, 4481, 4576, 4613, 4781, 5078, 5295, 5303, 5880, 5903, 6045, 6206, 6520, 6625, 6702, 6804, 6911, 7020, 7053, 7056, 7401, 7473, 7507, 7562, 7636, 7681, 7780, 7786, 7990, 8534, 8612, 8669, 8902, 8948, 9004, 9381, 9979, 10 119, 10 210, 10 550, 10 857, 11202, 11425, 11586, 11951, 12221, 12336, 12528, 13493, 13848, 14051, 14188, 14200, 14220, 14255, 14558, 14627, 14864, 15021, 16284, 16343, 16528, 16936, 17027, 17076, 17136, 17139, 17250.

Serie II. 183 Stück à 50 Rthl.

- Nr. 242, 259, 419, 719, 741, 1004, 1258, 1320, 1602, 2186, 2279, 2305, 2415, 2533, 2665, 2752, 2764, 3283, 3475, 3657, 3984, 4006, 4396, 4616, 4653, 4811, 4840, 4859, 5124, 5216, 5446, 5601, 5620, 5689, 5749, 5847, 6044, 6096, 6166, 6274, 6333, 6449, 6569, 6715, 6790, 7304, 7379, 7581, 7772, 7913, 8229, 8620, 8829, 8994, 9089, 9256, 9380, 9483, 9530, 9623, 9874, 9986, 10081, 10172, 10657, 11046, 11574, 11746, 11993, 12833, 12976, 13536, 13606, 13788, 13797, 13923, 14420, 14679, 14725, 15066, 15098, 15139, 15408, 15510, 15694, 16001, 16106, 16173, 16200, 16449, 16615, 17063, 17162, 17207, 17324, 17518, 17968, 18004, 18100, 18271, 18279, 18880, 19185, 19245, 19348, 19628, 19763, 19831, 20604, 20827, 20923, 21060, 21067, 21417, 21829, 22337, 22347, 22377, 22618, 22693, 22882, 23515, 23785, 23900, 23965, 24033, 24064, 24296, 24370, 24480, 24772, 24781, 25481, 25584, 25915, 26373, 26511, 26707, 26827, 26882, 27419, 27433, 27449, 27700, 27786, 27822, 28233, 28327, 28358, 28379, 28452, 28479, 28555, 28633, 28987, 29235, 29702, 30277, 30360, 30500, 30569, 31277, 31302, 31331, 31681, 31708, 31980, 31985, 32237, 32325, 32342, 32361, 32849, 32908, 33568, 33617, 33658, 33865, 33930, 34010, 34234, 34572, 34983.

Bolzenbüchsen für Gastlokale

und Privat-Vergnügungen, zum Schießen nach der Scheibe, empfiehlt solide gearbeitet zu dem Preise von 15 und 18 Rthl. J. A. Pokorny in Berlin, Ober-Wallstraße 17.

Aufgebot.

Der am 6. Juli 1848 zu Breslau verstorbene Rittergutsbesitzer und Kreis-Deputirte Carl Godulla hat in seinem am Tage vorher errichteten und am 10ten desselben Monats eröffneten Testament bestimmt:

daß seine Universalerbin an die Kinder und Kindeskinde seiner bereits verstorbenen Geschwister ein Legat von 200,000 Rthlr. in Worten Zweihunderttausend Thaler, auszuhalfen soll, in welches sich dieselben nach Stämmen gleichmäßig zu theilen haben.

Es werden daher die etwanigen unbekanntenen Kinder und Kindeskinde der bereits verstorbenen Geschwister des Erblassers oder deren Rechtsnachfolger hiermit aufgefordert, sich baldigt und spätestens in dem auf den 16. Oktober 1849, Nachmittags 3 Uhr,

vor dem Herrn Kreisrichter Nader in unserm Partenzimmer anstehenden Termine zu melden, und ihr Recht auf das gedachte Legat gehörig nachzuweisen, widrigenfalls bei der Vertheilung und Auszahlung desselben ohne weitere Rücksicht auf sie verfahren und ihnen lediglich überlassen werden wird, sich mit ihren Ansprüchen an die beteiligten Mitlegatäre zu halten.

Beuthen O/Schl., den 22. Juni 1849. Königlich-Kreis-Gericht. Zweite Abtheilung.

Pferde-Verkauf.

Es sollen Montag den 16. Juli d. J. Vormittags 11 Uhr vor der alten Reithahn des Hrn Kürassier-Regiments zu Breslau, 8 bis 10 Stück zum Landgestüt dienlich nicht geeignete Hengste, gegen gleich baare Bezahlung in Pr. Cour. öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Leubus, den 3. Juli 1849. Die Gestüt-Verwaltung.

In Ruppersdorf bei Strehlen stehen 60 Stück Brackmutter-Schafe zum Verkauf.

Privilegirtes Handlungsdiener-Institut.

Den Mitgliedern des genannten Instituts zeigen wir hiermit ergebenst an, daß Sonntag den 8. Juli, Nachmittags 2 Uhr, im Institut-Lokale, Schulbrücke Nr. 50, die halbjährliche Generalversammlung, Behufs der neuen Wahlen für die vakant gewordenen Vorstandsstellen, abgehalten wird.

Die Namen der in Gemäßheit der Statuten hierzu in Vorschlag gebrachten Mitglieder sind im Institut-Lokale einzusehen.

Die Vorsteher.

Bekanntmachung.

Die unverehelichte Marie Elisabeth Körner ist im Jahr 1842 zu Musternick mit Hinterlassung ihres Bruders Christian Körner, vormals Husar im 4. Königl. preuss. Husaren-Regiment, als Erbin verstorben, dessen jetziger Aufenthalt, bisher nicht zu ermitteln gewesen ist.

Poltz, den 30. Juni 1849. Die Königl. Gerichts-Kommission.

Ein an einer belebten Chaussee nahe der Kreisstadt belegenes Gasthaus nebst Gesellschafts- und Grase-Garten, so wie mit etwas Acker, ist wegen fortwährender Kränklichkeit des Besitzers sofort zu verkaufen, und erhalten ernsthafte Käufer nähere Auskunft auf portofreie Anfrage durch Herrn Samuel Münchheimer in Reife.

Auf dem Dominium Paulwitz, Kreis Trebnitz, hat sich ein brauner Vorstehhund eingefunden, und wird derselbe gegen Erstattung der Insertionsgebühren und Futterkosten dem Eigentümer zurückgegeben.



Verpachtung-Anzeige.

Zur anderweitigen Verpachtung der Brantweinbrennerei und des Bier- und Brantwein-Ausfahns im hiesigen Stadtbrauhause...

Montag den 16. Juli d. J. Nachmittags von 2 bis 5 Uhr anberaunt, wozu wir pachtfähige Bietungslustige unter dem Bemerken einladen...

Die näheren Bedingungen sind bei dem Präses der unterzeichneten Verwaltung...

Die Verwaltung des Stadtbrauhauses. In dem Inserat Breslauer Zeitung Nr. 149 zweite Beilage, sagt der Verfasser gleich zu Anfang eine Unwahrheit...

Humanität.

Donnerstag den 5. Juli Konzert. Anfang 4 Uhr.

Liebich's Garten.

Heute, den 5. Juli:

Großes Konzert der Breslauer Theater-Kapelle.

Meinen neu eingerichteten Gasthof genannt zum Kaiser von Russland in Berlin,

Spandauerstraße vis-a-vis der Post, erlaube ich mir einem hochgeehrten reisenden Publikum aufs Beste zu empfehlen.

Eine anständige Person, welche Lust hat, das Kochen und Braten in einer herrschaftlichen Küche gründlich zu erlernen...

Einladung nach Briegenthal auf heut zum Torten-Ausschieben.

Geübte Cigarren-Arbeiter finden dauernde Beschäftigung in der Cigarren-Fabrik von H. Bohn in Breslau...

Nicht zu übersehen. Das von mir dieses Jahr neu erbaute, massive, drei Stock hohe, mit Zink gedeckte Gasthaus an der Strehlen-Patschkauer Chaussee...

Bekanntmachung. Die gut angebrachte Töpferwaaren-Nahrung, Uhlauerstraße Nr. 53, ist wegen Krankheitsumständen sofort zu übernehmen.

Spiegel in Barok, Gold- und lackirten Rahmen, Tische, Console und Marmorplatten, alle Arten Gardinen-Verzierungen...

Offerte. Offenes Unterkommen für einen gebildeten jungen Mann, als Wirtschaftspensionär. Tralles, Messergasse Nr. 39.

Gesuch. Ein im Destillations-Fach praktisch erfahrener und mit guten Zeugnissen versehener Mann...

Folgende nicht zu bestellende Stadtbriefe:

- 1. Herrn M. Kornblum in Deutsch-Neukirch, 2. Wohlblühliches General-Kommando, 3. Fräulein Ebers, 4. Herrn Defonom Wolke, 5. = Werner, 6. = Zimmermann Wornaß, 7. = Ignaz Regenski, 8. = Naphthaly Achkennasi, 9. = Lehrer Thiel, 10. = Kutscher Gottlieb Lutter, in Sägewerk, 11. Adolphine Handschuh, 12. Herrn Doctor Lion, 13. verwittwete Sattler Linke, ferner: 1 Brief an verwittwete Wilhelmine Schmidt aus Amerika, 1 Brief an Truongott Schilling in St. Louis, können zurückgefordert werden.

Am 3. Juli ist auf dem Wege vom Zwingler nach der Herren-Strasse ein kleines, ganz flaches Flacon mit silberner Schraube, verloren gegangen...

600 Thlr. werden auf ein Haus in der Stadt zur zweiten Hypothek mit 3400 Thlr. ausgehend, gesucht.

Ein ganz neues Orgelwerkchen von 8 Registern und Pedal, welches sich für eine Schule oder kleine Kirche eignet...

Trockne Eichen-Stämme!

3- bis 400 Stück, als Scherholz für Stellmacher zu Naben, Speichen, Aren und Leitern...

Engl. Steinkohlen-Theer, desgleichen Pech, billigt bei C. G. Schlabit, Katharinenstraße Nr. 6.

Zu vermieten und Michaelis zu beziehen ist Hummerei Nr. 4 der zweite Stock, bestehend aus vier Stuben...

Zu vermieten und Michaelis d. J. zu beziehen: Reuschestr. Nr. 20 der erste Stock; ferner das Parterre-Lokal, welches der Kampfabrikant Hr. Zoppf jetzt bewohnt...

Ein geräumiges Handlungskokal, bestehend in Comptoir oder Verkaufsgewölbe, mehreren Kaminen und Kellern...

Klosterstraße Nr. 8 ist der 2. Stock, bestehend aus 5 Stuben nebst Zubehör...

Zu Michaelis zu beziehen Schuhbrücke Nr. 38, dem Mathias-Gymnasium gegenüber, die 2. Etage, bestehend in 5 heizbaren Zimmern, Kabinet, Küche...

Eine freundliche Stube nebst Zubehör ist Matthiasstraße Nr. 68 bald oder von Michaelis ab, zu vermieten.

Taschenstraße Nr. 20 ist eine möblierte Stube für einen einzelnen Herrn oder zum Absteige-Quartier zu vermieten.

Uhlauer-Strasse Nr. 21 sind 2 Vorder-Zimmer nebst Kabinet und Küche, Termin Michaelis zu vermieten.

Reusche-Strasse Nr. 58, 59 (nahe dem Blücherplatz) sind: eine große und eine kleine Wohnung in der ersten Etage...

Einige freundliche möblierte Promenadenzimmer sind bald zu beziehen heilige Geistsstraße Nr. 21 im ersten Stock.

Das Restaurationslokal in der goldenen Krone Nr. 29 am Ringe ist Michaelis d. J. zu vermieten.

Zu vermieten Ring Nr. 4 eine Wohnung, bestehend aus 5 Piecen, nebst Küche und Beigelaß...

Wohnungs-Vermietung. Die Hälfte des dritten Stocks vornheraus, aus 5 Stuben und Kabinets nebst Zubehör...

Bischofsstraße Nr. 6 ist der erste Stock zu vermieten und Termin Michaelis zu beziehen. Das Nähere im zweiten Stock zu erfragen.

Friedrich-Wilhelm-Strasse Nr. 7

- 1) par terre ein Handlungskokal mit Wohnung; 2) in der ersten Etage eine Wohnung von 6 Stuben; 3) in der zweiten Etage eine Wohnung von 4 Stuben; 4) in der dritten Etage eine Wohnung von 5 Stuben; 5) zwei Pferdeställe mit Futterkammer und Wagenremise.

Bischofsstraße Nr. 3 ist die dritte Etage und mehrere kleinere Wohnungen im Hofe zu vermieten.

Zu Michaelis ist zu vermieten: 1 Wohnung von 2 Stuben, Küche und Zubehör für 80 Thlr. Das Nähere im Comptoir...

Gewölbe-Vermietung. Uhlauer Straße Nr. 83, dem blauen Hirsch gegenüber, ist ein große Gewölbe zu vermieten...

Zu vermieten und sofort zu beziehen eine Wohnung im ersten Stock von 5 Stuben, Entree, Küche und Zubehör...

Karlsstraße Nr. 42 ist eine schöne Wohnung im Hofe in der ersten Etage, von 4 Stuben, großer heller Küche...

Zu vermieten und bald zu beziehen 1 Wohnung von 3 Stuben, Küche und Zubehör für 100 Ntr.

Gartenstrasse Nr. 17 ist eine Wohnung von 9 Zimmern, 1 Saal, 2 Entrees, Stallung...

Werderstraße Nr. 37 ist die zweite Etage, bestehend aus Entree, 4 Stuben, Küche und Beigelaß...

Wohnungen von 70-200 Nthl. sind Wallstraße Nr. 13 und 14 zu vermieten.

Zu vermieten und Termin Michaelis oder bald zu beziehen sind Reuschstraße Nr. 53 der 3. Stock...

Neuegasse Nr. 18, an der Promenade, ist zu Michaelis der zweite Stock mit Gartenbenutzung zu vermieten.

Eine Schlosserwerkstatt ist Matthiasstr. Nr. 25 sofort zu vermieten.

Ein großer Keller, in welchem seit längerer Zeit ein Milchgeschäft sich befindet...

Michaelis zu vermieten Gartenstr. 32 b., 2 Treppen hoch, 5 Piecen, Entree, Küche...

Ulbrichtsstraße Nr. 41 ist der erste Stock zu vermieten und Michaelis oder Weihnachten auch nöthigenfalls bald zu beziehen.

Friedrich-Wilhelms-Strasse Nr. 17 ist ein Quartier von drei Stuben und Kofve nebst allem Zubehör zu vermieten.

Riemerzeile Nr. 18 sind kleine Wohnungen für einzelne Herren zu vermieten.

Ober-Vorstadt, Kohlenstraße Nr. 4, sind Wohnungen mit Gartenbesuch zu vermieten...

Nikolaistraße Nr. 7, Herrenstraße-Ecke, ist eine freundliche, bequem eingerichtete Wohnung...

Blücherplatz in 3 Noehren, ist die erste Etage von 6 Zimmern, 1 Saal und Beigelaß zu vermieten.

Reuschstraße Nr. 2 ist eine Wohnung im Hofe von mehreren Stuben zu vermieten.

Gartenstraße Nr. 32 b. ist im ersten Stock eine herrschaftliche Wohnung von 4 Stuben...

Gartenstraße Nr. 32 b. sind zwei Wohnungen, jede von zwei Stuben und Zubehör...

Zu vermieten und bald zu beziehen ist ein gut möbirtes Zimmer nebst Kabinet...

Königsplatz Nr. 2 ist eine Parterre-Wohnung, bestehend in 4 Stuben, Boden, Keller...

Am Neumarkt Nr. 12 ist in der 3. Etage eine Wohnung von Stube, Kofve und Zubehör...

Zu vermieten eine kleine freundliche Wohnung vornheraus nebst Zubehör in Nr. 1 Schweidnigerstraße...

Angekommene Fremde in Zettlitz's Hotel. Kaufmann Hirschmann aus Kreuzburg...

Barometer 27.6, 92.17.5, 91.17.5, 09.17.5. Thermometer + 12.5 + 14.0 + 20.6. Windrichtung SW. Luftfeuchtigkeit bedekt meist überw. überw.

Getreide: Del- u. Zinf-Preise.

Table with columns for grain types (Weizen, Roggen, Gerste, Hafer) and prices (best, middle, lowest) in various units.

Börsenberichte.

Berlin, 3. Juli. Eisenbahn-Aktien: Köln-Mindener 3 1/2% 87 1/2 à 86 3/4 bez. Ostbahn 3 1/2% 49 1/2 à 50 bez. Prior. 4% - Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 3 1/2% 76 à 77 bez. Prior. 4% 83 1/2 bez. Prior. 5% 100 1/2 Gl. Ser. II. 5% 97 bez. u. Gl. Niederschlesisch-Märkische Zweigbahn 4% 32 1/2 bez. Prior. 5% 79 Gl. Oberschlesische Lit. A. 3% 98 à 99 bez. Lit. B. 98 à 99 bez. - Geld- und Fonds-Course: Anleihe 5% 102 1/2 bez. Staats-Schuld-Scheine 3 1/2% 82 1/2 bez. Preussische Prämien-Scheine - Posener Pfandbriefe 4% 8 Gl. 2 1/2% 82 1/2 Gl. Preussische Bank-Anleihe 91 à 92 bez. und Br. Polnische Pfandbriefe, alte 4% 42 1/2 Gl., neue 4% 91 1/2 bez. Polnische Partial-Obligationen à 500 Fl. 4% 74 1/2 bez. und Gl. à 300 Fl. 99 1/2 Gl.

Die Börse war heute wiederum animirt, und sind einige Aktienforten und Fonds bisher bezahlt worden, obwohl im Laufe derselben durch Gewinn-Realisationen die Kurse sich drückten...

Wien, 3. Juli. Bei sehr starkem Verkehr in Fonds und Eisenbahn Aktien sind selbe in Folge fortgesetzter Deckungen, wie auch Privatkäufe abermals ansehnlich gestiegen.

Breslau, 4. Juli. (Autlich.) Geld- und Fonds-Course: Holländische Staats-Dukaten 97 1/2 Gl. Kaiserliche Dukaten 97 1/2 Gl. Friedrichsb'or 113 1/2 Br. Louisd'or 112 1/2 Br. Polnische Courant 133/4 Br. Oesterreichische Banknoten 55 1/2 Br. Serhandlungs-Prämien-Scheine - Staats-Schuld-Scheine per 100 Nthl. 2 1/2% 83 1/2 Br. Grossherzogth' Posener Pfandbriefe 4% 98 1/2 Br., neue 3 1/2% 84 Br. Gl. 83 1/2 Br. Grossherzogth' Posener Pfandbriefe 4% 98 1/2 Br., Lit. B. 4% 94 1/2 Br., 3 1/2% 85 Gl. Litte polnische Pfandbriefe - neue 92 Br. - Eisenbahn-Aktien: Breslauer Schweidnig-Freiburger 4% 83 1/2 Br. Oberschlesische Lit. A. 100 1/4 Br., Lit. B. 100 1/4 Br. Krakau-Oberschlesische 54 Br. Niederschlesisch-Märkische 78 Gl. Köln-Mindener 88 Br. Friedrich-Wilhelms-Nordbahn 41 1/4 Br.